

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 8. Februar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Reichstagsanfang.

Mittwochmittag fand unter Entfaltung des üblichen höfischen Zeremoniells die Eröffnung des neuen Reichstages statt — natürlich im Schloß des Monarchen und nicht in den Räumen des Parlaments. Der Kaiser verlas folgende Thronrede:

Im Namen der Verbündeten Regierungen heiße ich den neu-gewählten Reichstag willkommen.  
Das feste Gefüge des Reichs und staatlicher Ordnung unverletzt zu erhalten, die Wohlfahrt des Volkes in allen seinen Schichten und Ständen zu mehren, die Stärke und das Ansehen der Nation zu wahren und zu erhöhen, ist das Ziel meines Handelns. In ihm weis ich mich mit meinen hohen Verbündeten ein, und ich lebe der Ueberzeugung, daß auch Sie als die erwählten Vertreter der Nation Ihre besten Kräfte an die gemeinsame Arbeit legen werden.

Seit einem Menschenalter nimmt die soziale Fürsorge in der Reichsgelehrten einen hervorragenden Platz ein. Auch in der letzten Tagung des vorigen Reichstages sind die Wohltaten der Versicherung auf weite Kreise der Bevölkerung ausgedehnt worden. Derselbe soziale Geist, aus dem dies Werk hervorgegangen ist, muß auch fernerkünftig walten. Denn die Entwicklung steht nicht still.

Die Finanzen des Reichs haben festen Halt gewonnen. Auf der Grundlage bestimmter bemessener Matrikularbeiträge ist es gelungen, das Gleichgewicht des Reichshaushalts herzustellen und mit Hilfe der Ueberschüsse, die sich ergeben haben, den außerordentlichen Etat zu entlasten. Durch Festhalten an den bisherigen strengen Grundsätzen wird das Reich binnen kurzem zu einer vollständigen Gesundung seiner Finanzen gelangen.

Mit Befriedigung erfüllt mich der Gedanke, welche hohe Leistungen der freie Unternehmungsgeist in Industrie und Gewerbe, Handel und Verkehr vollbracht hat und wie bei steigender Veredelung ihrer Technik die Landwirtschaft allmählich wieder emporgehoben ist. Angesichts dieser glücklichen Fortschritte werden die Verbündeten Regierungen die Grundlagen unserer Sozialpolitik auch künftig bei Vorbereitung und Abschluß neuer Handelsverträge nicht verlassen.

Der Stärkung des Deutschlands im Ausland wird ein ihnen alsbald zugehört der Entschluß dienen, der die Reichs- und Staatsangehörigkeit in der Weise regelt, daß es den deutschen Landwehrluten draußen erleichtert wird, Reichsangehörige zu bleiben oder die verlorene Reichsangehörigkeit wieder zu erwerben.

Das Verbleiben unserer Werke des Friedens daheim und über See hängt davon ab, daß das Reich mächtig genug bleibt, um seine nationale Ehre, seinen Besitz und seine berechtigten Interessen in der Welt jederzeit zu wahren und zu vertreten. Deshalb ist meine beständige Pflicht und Sorge, die Wehrkraft des deutschen Volkes, dem es an wehrfähiger junger Mannschaft nicht gebricht, zu Lande und zu Wasser zu erhalten und zu stärken. Gesegnet werde die Arbeit, die diesen Zweck verfolgen, sind in Vorbereitung und werden Ihnen mit Vorschlägen über Deckung der Mehrkosten zugehen. Helfen Sie, geehrte Herren, diese hohe Aufgabe erfüllen, so werden Sie dem Vaterlande einen großen Dienst erweisen.

Son unserer Bereitwilligkeit, internationale Streitpunkte gütlich zu erledigen, wo immer es der Würde und den Interessen Deutschlands entspricht, haben wir durch den Abschluß der Vereinbarungen mit Frankreich einen neuen Beweis gegeben. Neben der Pflege unserer Verhältnisse mit der Oesterreich-Ungarischen Monarchie und dem Königreich Italien bleibt meine Politik darauf gerichtet, mit allen Mächten freundliche Beziehungen auf der Basis gegenseitiger Achtung und guten Willens zu unterhalten.

Im Vertrauen auf die gesunde Kraft des deutschen Volkes blicke ich mit Zuversicht und auf Gottes gnädigen Beistand bauend, über die Kämpfe des Tages hinweg in die Zukunft des Reichs.

So entbiete ich Ihnen, geehrte Herren, zum Beginn einer neuen Legislaturperiode meinen Gruß in der Hoffnung, daß Ihre Tätigkeit dem Volke und dem Lande zum Heile gereichen werde!

Aus dem dürftigen Inhalt dieser Rede tritt nur wenig, aber um so wichtigeres mit Bestimmtheit hervor: Militarismus und Marinismus sollen neue Verstärkung erfahren und neue Steuern werden notwendig, um die Ansprüche Wolods zu befriedigen. Wie groß die Forderungen sein werden, darüber bewahrt die Thronrede Schweigen; der Bundesrat hat sich mit den Vorlagen noch nicht beschäftigt. Um so eifriger treiben dafür die Offiziere ihr Spiel; Tag für Tag werden höhere Summen genannt. Hieß es noch vor kurzem, daß die Kosten der Heeresvorlagen 100 Millionen betragen werden, so wird jetzt die gleiche Summe und mehr als Erfordernis für die Flottenvermehrung bezeichnet. Und wer die Tradition unserer Regierung und der bürgerlichen Parteien kennt, wird keinen Moment daran zweifeln, daß ein großer Teil der neuen Lasten wieder durch indirekte Steuern den arbeitenden Klassen werden auferlegt werden.

So soll denn das Wehrwesen verstärkt, der Steuerdruck vermehrt werden. Das ist die Vorgeschichte, die dem neuen Reichstag von der Regierung zuteil wird. Und als selbstverständlich wird diese Vorschläge von allen bürgerlichen Parteien aufgenommen. Während in England neben der Arbeiterpartei wenigstens ein Teil der Liberalen zu der auswärtigen Politik ihrer Regierung in Opposition getreten ist, zur Politik einer Regierung, die sie selbst bilden, wagen unsere Liberalen überhaupt kein Wort

des Widerspruchs mehr gegen die verderbliche Sinnlosigkeit des immer erneuten Wehrrüstens. In der auswärtigen Politik ist die Kriegervereinigung die allein maßgebende und die bürgerlichen Parteiunterschiede völlig verwischt. Und dies zu einer Zeit, wo die internationalen Gegensätze so gefährdend verschärft sind, daß nur die stete Wachsamkeit der Volksmassen die Explosion verhindern kann. Und doch sind all die Phrasen über die freundlichen Beziehungen zu allen Mächten, die in jeder Thronrede wiederkehren, völlig bedeutungslos, so lange nicht die Völker dem Spiel ihrer Regierungen ein Halt gebieten und sie zu wirklicher Verständigung, zur Aufgabe des Wehrrüstens nötigen.

Sodann verpricht die Thronrede das Festhalten an den Grundlagen unserer Sozialpolitik. Die andauernde Leuerung ist für die Regierung kein Grund, an Abhilfe der Not zu denken, die schlechten Erfahrungen, die die deutsche Verfeinerungsindustrie bei dem Abschluß von Handelsverträgen hat machen müssen, hat die Rückkehr der Schutzpolitik natürlich unbeschreiblich gelassen. Und auch in diesem Punkte ist der Regierung die Majorität im Reichstage sicher.

Wenn aber gegen die zwei verderblichsten Schädigungen, die der Kapitalismus über das Volk verhängt hat, wenn gegen Kriegsgefahr und Leuerung nichts geschieht, dann sind die wenigen und unbestimmten Versprechungen der Thronrede völlig entwertet. Die Thronrede spricht von sozialer Fürsorge. Aber wenn derselbe „soziale Geist“ auch fernerkünftig walten soll, der etwa in der Reichsversicherungsordnung gelebt hat, dann muß gesagt werden, daß die Arbeiter dieses Landes von diesem Geist der Entrechtung und Bevormundung nicht das geringste wissen wollen. Vor allem aber: jede wirksame Sozialpolitik kostet auch Geld und das verschlingt doch alles der Militarismus.

Die übrigen Sätze sind völlig farblos, wie ja auch nicht anders zu erwarten. Das konservative Gebrüll nach Ausnahmesehen hat in der Thronrede natürlich kein Echo gefunden. Herr v. Bethmann Hollweg weiß, daß die Stunde dafür augenblicklich nicht günstig ist. Sein Ziel ist die Sammlung, die Gewinnung der Nationalliberalen vor allem für ein verlässliches Zusammenarbeiten mit Konservativen und Merkmalen. Deshalb hält sich die Thronrede von allem Politischen fern. Keine Ankündigungen einer besonderen reaktionären Gewaltspolitik, aber ebensowenig eine Rücksicht auf die gewaltige Rundgebung des Volkswillens bei den Wahlen.

Herr v. Bethmann Hollweg hofft mit diesem Reichstag noch recht gut und möglichst lange auszukommen. Denn die „Entwicklung steht ja nicht still“, die die Nationalliberalen zu einem Bestandteil der reaktionären Arbeitsmehrsheit, nach der der Sinn des Reichskanzlers steht, machen soll. Dann hofft Herr v. Bethmann die schönen Pläne verwirklichen zu können, die er jetzt noch im Busen birgt.

Ob der Plan, den der Reichskanzler mit solcher Zähigkeit verfolgt, wirklich gelingt? Wir warten es in Ruhe ab, denn die Entwicklung steht wirklich nicht still.

## Die Eröffnungssitzung.

Aus dem Reichstage, 7. Februar. Die erste Sitzung einer neuen Legislaturperiode ist zwar nur einigen Formalien gewidmet und nimmt nur äußerst kurze Zeit in Anspruch, sie erweckt aber doch großes Interesse bei den Abgeordneten wie beim Publikum. Die Tribünen waren dicht gefüllt und vor dem Reichstagsgebäude hatte sich eine dichtgedrängte Menschenmenge angesammelt, die die eintretenden bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten lebhaft begrüßte.

Im Sitzungssaal ist eine Veränderung der Sitze vorgenommen, um die Verschiebung der Fraktionsplätze infolge der Verstärkung der sozialdemokratischen und der Schwächung aller übrigen Fraktionen zu ermöglichen. Da die Sozialdemokratie über ein Viertel aller Mandate besitzt, hat sie die früher von den Fortschrittler und einem Teil der Nationalliberalen besetzten Plätze gleichfalls mit Weisklag belegen müssen. Dadurch, daß die liberalen Parteien nun ganz bis zur Mitte des Saales hinabverwanderten, mußte das Zentrum einen Teil seiner Sitze abtreten und schob sich selbst weiter nach rechts hinüber. Die Polen, die in der letzten Legislaturperiode links vom Zentrum saßen, wurden gleichfalls auf der rechten Seite untergebracht. Aber ganz abgesehen von diesen Verschiebungen, hat der neue Reichstag ein ganz anderes Gepräge erhalten als sein Vorgänger durch die vielen neuen Abgeordneten. Denn nicht nur hat sich die Zahl der Sozialdemokraten mehr als verdoppelt, auch die liberalen Fraktionen sind zur Hälfte neu zusammengesetzt, da sie viele alten Sitze, meist an die Sozialdemokratie, verloren und dafür neue Sitze gewonnen haben, so daß denn auch vielfach neue Männer an die Stelle der alten getreten sind.

Geschäftlich war in der Eröffnungssitzung eigentlich nichts weiter vorzunehmen, als durch Namensaufruf die Beschlussfähigkeit des Hauses festzustellen. Da ein im Hause gewähltes Präsidium noch nicht besteht, hat das älteste Mitglied des Hauses dabei als Alterspräsident zu fungieren. Dieser Aufgabe unterzog sich diesmal mit Würde und Geschick der zweiundachtzigjährige fortschrittliche Abgeordnete Traeger. Nach allgemeinem Urteil hat er seine Sache besser gemacht, als das früher je einem Alterspräsidenten gelungen ist. Zu provisorischen Schriftführern berief er die Abgeordneten: Frhr. Rogalla von Bieberstein (l.), Engeler (Z.), Wärtwinkel (natl.) und Dr. Sadelmann (Soz.).

Darauf wird die Anwesenheit der Abgeordneten durch Namensaufruf festgestellt. Anwesend sind 374 Mitglieder.

Schließlich fehte der Alterspräsident die nächste Sitzung auf Donnerstag 8 Uhr fest. Auf der Tagesordnung steht die Präsidentschaftswahl. Mit dieser Handlung wird die eigentliche politische Tätigkeit des neuen Reichstages beginnen. Wie die Präsidentschaftswahl ausgehen wird, ist noch ganz ungewiß, da die Fraktionen noch über die Besetzung der Präsidentschaft verhandeln.

## Landtagswahl, Minister- u. Regierungskrise in Bayern.

Aus München wird uns telegraphiert:  
Noch sind die Ziffernresultate der Landtagswahl nicht bekannt. Es dauert diesmal merkwürdig lange, bis das Zahlenergebnis aus den einzelnen Kreisen amtlich bekannt gegeben wird. Sowie sich aber bis jetzt aus den Einzelergebnissen, die von einzelnen Orten hierher gelangt sind, urteilen läßt, hat das Zentrum, trotzdem es in einzelnen Kreisen eine nicht unbedeutende Mehrheit seiner Ziffern noch aufzubringen vermochte, den Prozentsatz der letzten Landtagswahl nicht mehr erreicht. Und wenn es auch nicht gelungen ist, die Zentrumsmehrheit zu brechen, so hat offenbar die Stimmengiffer der Zentrumsgegner den Beweis für die Notwendigkeit des Proporzess völlig erbracht. Daß diese Forderung nun nicht mehr aus der bayerischen Politik verschwinden wird, dafür zeugt auch der Aufruf, den die Vorstandschaft des Verbandes der liberalen Vereine Münchens heute veröffentlicht. Darin heißt es:

„Die Wahlschlacht ist geschlagen. Sie hat in München einen vollen, im Lande einen teilweisen Erfolg gebracht. Die Stellung der Zentrumsmehrheit im Landtag ist so stark erschüttert, daß es nur noch eines weiteren gleich energischen Stoßes bedarf, um sie zu brechen. Erbitterter Kampf wird es jetzt im Landtag und zwischen den Parteien im Lande geben. Der Liberalismus wird dabei in voller Selbstständigkeit und getreu seinem Programm mit dem äußersten Nachdruck die Politik weiter verfolgen, wie sich das aus seiner Stellung als einer der Widerheitsparteien gegenüber der Zentrumsmehrheit ergibt. Diese Zentrumsmehrheit muß gebrochen, ein gerechtes Wahlrecht gewonnen werden.“

Rechtlich urteilt fast die ganze liberale Presse Bayerns. In der Tat ist das Ergebnis der Landtagswahlen, wenn auch der Zweck des Vorgehens der verbündeten Widerheitsparteien, die Zentrumsmehrheit zu beseitigen, nicht völlig erreicht wurde, ein in vieler Beziehung günstiges. Namentlich die sozialdemokratische Fraktion, die eigentlich den Löwenanteil an dem Mandatsergebnis hat, darf vollständig zufrieden sein mit diesem Ergebnis, das ihr eine bedeutend bessere Stellung im Landtag sichert als bisher.

Die Stärkung der Fraktion wird sich aber auch in Anbetracht der kommenden Dinge sehr nötig erweisen, denn Bayern steht offenbar vor einer vollständigen Neuwendung seiner Regierungsverhältnisse. Es darf als sicher gelten, daß der Prinzregent bereits morgen auf die Regentschaft verzichtet und sie seinem ältesten Sohne, dem Prinzen Ludwig, überträgt. Befehllich fixiert wird die Regentschaft des Prinzregenten allerdings erst nach seiner Eidesleistung vor dem Landtage. Aber nach dem Verzicht des Regenten führt Prinz Ludwig formell vorläufig die Regentschaft. Damit hängt die lange Dauer der Ministerkrise zusammen, da Prinz Ludwig offenbar mit dem Gedanken umgeht, sich jetzt das Ministerium auszuwählen, mit dem er weiter regieren will. Danach kann angenommen werden, daß von dem ehemaligen Minister Podewils weder sein Namensträger noch sonst die Mehrheit der früheren Minister in das neue Kabinett übergehen. Seit einigen Tagen wird schon nach den zuverlässigen konservativen Männern gesucht, die geeignet erscheinen, eine schwarzblaue Politik im Sinne des Prinzen Ludwig zu vertreten. Western waren die geeigneten Persönlichkeiten noch nicht gefunden, aber da für morgen bestimmt die Bekanntgabe des neuen Ministeriums angekündigt ist, die noch im Namen des Prinzregenten erfolgen soll, scheint man sich inzwischen die passenden Leute zusammengesucht zu haben. Gleichzeitig mit der Bekanntgabe des neuen Ministeriums soll dann die Verkündung der Regentschaftsübernahme durch den Prinzen Ludwig erfolgen.

Dieser Umsturz in der Regentschaft ist herbeigeführt worden durch die Aufregungen, die der Prinzregent bei den Vorträgen mit verschiedenen Politikern hatte, die ihm ohne sein eigenes Zutun zugeführt worden waren. Seit 14 Tagen ungefähr waren infolge des Ausfalls der Reichstagswahlen Berliner und Münchener Einflüsse am Werk, um dem Verweser der bayerischen Krone die Gefährlichkeit der jetzigen Zustände klar zu machen. Ein vollständiges System der Verhängung Teile des Münchener Hofes seine Opfer gesucht. Und so fanden die feudalen Bahnmacher des bayerischen Zentrums den geeigneten Boden für ihre Intrigen. Die Rundgebung

## Die Insertions-Gebühr

Kohort für die sechsgehaltene Kolonelle über deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pfg. (zweifig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

der Regierung gegen die Beamten, die Demission des jetzigen Ministeriums noch vor der Landtagswahl und allerlei Wahlbeeinträchtigungen im Lande draußen hingen damit zusammen. Der Landtag wird wahrscheinlich erst in der letzten Februarwoche einberufen werden. Man spricht davon, daß ihm eine Thronrede zugehen soll, in der den Wünschen der Reaktionsäre weitgehende Rechnung getragen wird. Das Barometer steht also auf Sturm und das Zentrum, das durch seine Verluste sehr erregt ist, und namentlich durch die Tatsache, daß es in einer Reihe von Wahlkreisen nur noch mit knappen Stimmenziffern sich behaupten konnte, tut alles, um die reaktionäre Stimmung in den Hofkreisen noch zu steigern. So kann es gleich zu Beginn des Landtags zu recht lebhaften Debatten kommen, bei denen sich die Schlagfertigkeit unserer neuen Fraktion zu erweisen hat. Auf alle Fälle aber scheint Prinz Ludwig sehr übel beraten zu sein, wenn er sich von der Installation des bayerischen Regiments nach preussischem Muster große Erfolge verspricht. Die Popularität, die er durch sein Eintreten für die Wahlreform seinerzeit gewonnen hatte, wird er in dem Moment verlieren, in dem er als Parteiregent des schwarzblauen Rücktritts in Bayern seine Regierung beginnt. Wir Sozialdemokraten sehen dieser Neuwendung der Dinge mit gutem Mut und mit der frohen Aussicht auf die dabei erhöhte Werkkraft unserer Ideen entgegen.

## Dreadnought-Koller und kein Ende.

Die „Neue Gesellschaftliche Korrespondenz“ schreibt heute: „Wir glauben zu wissen, daß innerhalb des für das Flottengesetz vorgesehenen Zeitraumes, also bis zum Ablauf des Jahres 1918, jährlich die Mittel zum Bau eines halben Dreadnought verlangt werden sollen, sodas unsere Flotte in der angegebenen Zeit, abgesehen von den im Flottengesetz vorgesehenen Schiffen, um drei Schiffe der größten und stärksten Art vermehrt werden würde. Dadurch wäre zu vollkommenem Ausdruck gebracht, daß wir uns bei der Bildung unserer Streikraft zur See nur von Gründen der Zweckmäßigkeit und nicht von einer Rücksicht auf das Ausland leiten lassen. In politischen Kreisen Berlins will man, der gleichen Quelle zufolge, wissen, daß England von unserer Absicht bereits unterrichtet sei und sie durch Aufnahme einer Anleihe in Höhe von einer Milliarde zur Verstärkung der britischen Flotte beantworten wollte.“

Danach sollen bis zum Jahre 1918 drei große Schlachtschiffe mehr gebaut werden, als im Flottengesetz vorgesehen sind, was eine Mehrausgabe von 120—150 Millionen Mark verursachen würde. England würde aber dadurch zu noch größeren Anstrengungen getrieben und die Stärke seiner Flotte vielleicht noch über die doppelte Höhe der deutschen zu bringen suchen. Ob die Regierungen aber den Vätern noch lange die Lasten eines so wahnwitzigen Wettlaufes werden zumuten können, ist eine Frage, die schließlich von den Vätern selbst beantwortet werden muß.

Zum Ueberflus beteiligt sich auch Frankreich an diesem Wettlauf. Der Deputiertenkammer ist am Dienstag ein Flottenprogramm vorgelegt worden, nach dem die Stärke der Flotte für den 1. Januar 1920 auf 28 Linienfahrzeuge, 10 Aufklärungschiffe und 52 Hochsee-Torpedoboote festgelegt wird. Die bürgerlichen Abgeordneten, die sich am Dienstag zu diesem Programm äußerten, erklärten fast alle, daß die vorgeschlagene Zahl der Schiffe nicht genüge.

Als Rüstungswahnsinn, wohin man blickt! Zur Beurteilung der deutschen Flottentreiberei ist die Zuschrift eines Offiziers eines Seebataillons in Wilhelmshaven an die „Berliner Neuesten Nachrichten“ von Wert. Es wird darin ausgeführt, daß es ein Wahn sei, die deutsche Flotte auf die Stärke der englischen bringen zu können. Eine strategische Offensive zur See sei also vollständig ausgeschlossen. Zur strategischen Defensivde genügt aber unsere schwimmenden Streitkräfte vollständig, außerdem seien unsere Küstenbefestigungen derartig ausgebaut und ausgerüstet, daß der Feind mit Erfolg weitauf gehalten werden könne.

Der Wilhelmshavener Offizier will von einer Vermehrung des deutschen Schiffsbestandes nichts wissen, verlangt aber dafür, daß der Mannschafts- und Offiziersbestand der Flotte erhöht, vor allem aber das Landheer vermehrt werde. — Forderungen, mit denen wir uns für heute nicht kritisch beschäftigen wollen.

In der Presse der Flottentreiber wird für erweiterte Schiffsbauten dadurch Stimmung gemacht, daß man auf die Vorgänge bei der englischen und deutschen Flotte im letzten August zur Zeit des Marokkohanbels hinweist. Damals soll die englische Flotte klar zum Gesetzt gegen die deutsche Flotte gewesen sein. In der „Frankfurter Zeitung“ wird hierzu unter der Spitzmarke „Ueberfall-Legenden“ eine Zuschrift aus Marinekreisen veröffentlicht, in der es u. a. heißt:

„In Deutschland wird verbreitet, England habe ein Ueberfall durch Deutschland. Wie steht es mit diesen Behauptungen in Wirklichkeit? ... Mutmaßlich gab zu der völlig unnötigen Ausweitung ein Manöver Veranlassung, das die deutsche Hochseeflotte Mitte August auf ihrer Rückreise von Norwegen ausführte, nachdem das am 1. August aus Schiffe der Reserveflotte formierte 3. Geschwader, von Kiel kommend mit ihr zusammengetroffen war. Die drei Geschwader mit ihren Kreuzern und Torpedobooten verließen am Montag, 14. August, um 9 Uhr vormittags die Reede von Skagen um ein kurzzeitiges, strategisches Manöver gegeneinander in der Nordsee auszuführen. Das Aufweichen der einen Partei brachte hierbei die Schiffe auf etwa 50 bis 80 Seemeilen an die Küsten Großbritanniens heran, so daß für die Torpedoboote die Entfernungen nur etwa drei Stunden betrug. Nach diesem Manöver gingen die Schiffe in die Olfsee. Das Parlamentarisches Hauptmann Faber führte in seiner sensationellen Rede an, daß von den im Hafen liegenden englischen Schiffen Schußweite gegen einen Torpedobootangriff ausgedrückt worden seien und sich der Befehlshaber der Schiffe mit dem Kommandanten der Küstenbefestigungen wegen Verteidigungsmahnahmen in Verbindung gesetzt habe. ... Die „Wall Mail Gazette“ schrieb, daß eine englische Fernrohrdivision die deutsche Flotte nie aus den Augen verloren habe, und aus dieser recht zweifelhaften Angabe wurde dann in Deutschland die Sensationsmeldung von dem russischen Ueberfallplan jener Torpedobootjägerdivision auf die zur Erholung im Juli nach Norwegen dampfende Hochseeflotte. Diese Sensationsmeldung wurde alsbald in deutschen Zeitungen widerlegt, indem nachgewiesen werden konnte, daß nicht englische, sondern 20 deutsche Torpedoboote der Hochseeflotte gefolgt waren. Inzwischen dürfte jeder einsichtige Engländer sich überzeugen haben, daß Deutschland an einen Ueberfall nicht gedacht hat, denn die ausgeschildeten Kreuzer haben verstreute deutsche Torpedoboote nicht gefunden und alle deutschen Maßnahmen und die Rede des Reichstanzlers haben dieser Ueberfallsidee jede Spur einer Wahrscheinlichkeit genommen.“

Auch in Deutschland sollte das Gerücht von einem beabsichtigten Ueberfall der deutschen Flotte durch die englische endlich verkommen und ebenso die aus der Luft gegriffene Behauptung, daß die englische Flotte zweimal gegen die deutsche mobil gemacht sei. Das Gerücht ist größerer Mengen von Kohlen und Proviant nach skandinavischen Häfen, teilweise mit der Eisenbahn, wurde durch die umfangreichen Streikbewegungen des letzten Sommers nahe gelegt. ... Die zur Krümmungs-Flottenflotte und gleichzeitig zu den Sommermanövern vollbesetzten Schiffe der Reservedivisionen haben am 25. Juli planmäßig ihre Besatzungen vermindert und seitdem nicht wieder aufgefüllt. Die Dislokierung der englischen Schiffe während des letzten Sommers an der Südküste Englands, bei Schottland und bei Island gibt durchaus keinen Anhalt für die Annahme, daß England einen Ueberfall geplant hatte. Die Schiffe läßt an den von Deutschland fast entferntesten Stellen der britischen Küste. Daß sie geschickterweise, ist nicht auffallend, sondern für vollbesetzte Schiffe selbstverständlich. Wer sich die Mühe macht, selbst das Material zu prüfen, das die englische Presse über Schiffsbewegungen und Uebungen bietet, kann nur zu der Ansicht gelangen, daß die englische Flotte ebenso wie die deutsche ihren Dienst genau wie im Frieden handhabte. ...

Die Zuschrift aus Marinekreisen führt dann noch weitere Einzelheiten an, die das Ueberfallsmärchen zerstören, und resümiert sich dann dahin, daß England überhaupt nicht daran denken könne, einen plötzlichen Flottenüberfall zu wagen.

Die Panzerplattenpresse und die sonstigen Flottentreiber mögen also mit ihren Gruselgeschichten aufhören. Viel wichtiger, als den Bau neuer Dreadnoughts zu gewaltsam zu beschleunigen, wäre es, wenn Regierung und Diplomatie alles daran setzten, friedliche Beziehungen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Die Arbeiterklasse beider Länder will schon lange nichts mehr von der Vermehrung der schwimmenden Panzerkolosse und deren Riesengeschütze wissen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Februar 1912

### Schwerinstag im Dreiklassenparlament.

Auf der Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses stand am Mittwoch eine große Reihe von Initiativanträgen, von denen allerdings nur ein Teil erledigt wurden.

Zunächst drehte sich die Debatte um verschiedene Anträge betreffend Aufhebung der Altpensionäre, d. h. der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten, Lehrer und Lehrerinnen. Sowohl die Nationalliberalen als auch die Fortschrittler fordern die Einbringung entsprechender Gesetzesentwürfe noch in dieser Session, während die Rechte die Pensionäre auf den Gnadenweg verweist, indem sie sie mit Unterstützungen abfinden will. Alle diese Anträge wurden, nachdem Redner aller Parteien sich in Entgegenkommen gegen die in Frage stehenden Personen förmlich überboten hatten, der Budgetkommission überwiesen. Ob die Regierung den Wünschen des Hauses Folge leistet, ist bei ihrer bisherigen ablehnenden Haltung, die sie mit der Finanznot begründet, freilich sehr zweifelhaft.

Für die Sozialdemokraten erklärte Genosse Ströbel unter scharfer Beurteilung des Verhaltens der Regierung, das Einverständnis mit den Anträgen; er schilderte die Not der Altpensionäre und bezeichnete es als Pflicht eines Staates, der für die Erhöhung der Kronrenten und für ähnliche Zwecke stets Geld übrig hat, auch endlich einmal etwas für seine ehemaligen Beamten und deren Hinterbliebenen zu tun, die sonst auf ein unwürdiges Betteln um Unterstützungen angewiesen seien. Nicht Almosen, meinte er treffend, haben die Altpensionäre zu verlangen, sondern Befriedigung ihrer Rechtsansprüche.

Von zwei weiteren Anträgen, einem nationalliberalen auf Regelung der Verhältnisse der nicht richterlichen Beamten, und einem fortschrittlichen auf Regelung des Beamtenrechts, wurde der erstere angenommen, der zweite abgelehnt. Unserem Redner schmitt das Haus bei dieser Gelegenheit in bekannter Liebendwürdigkeit das Wort ab.

Am Donnerstag stehen kleinere Vorlagen zur Beratung.

### Ausgediente Offiziere in der Verwaltung der Krankenkassen.

Am 3. d. M. veröffentlichten wir ein Schreiben des Elberfelder Oberbürgermeisters an die dortige Krankenkasse, in dem ersucht wurde, verabschiedete Offiziere als Kassendirektoren anzunehmen. Dies Ersuchen beruht auf einer Anweisung des Ministers für Handel und Gewerbe! Diese an alle preussischen Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten in Potsdam ergangene Anweisung lautet wörtlich:

Der Minister für Handel und Gewerbe Berlin W. O. den 30. Dezember 1911 Nr. III 8494. Leipzig, Straße 2.

Es ist in Aussicht genommen, bei einem Teile der Versicherungsämter in den mit der Stellvertretung des Vorsitzenden verbundenen Stellen solche verabschiedeten Offiziere als mittlere Beamte oder nebenamtlich zu beschäftigen, denen Allerhöchsten Orts die Aussicht auf Anstellung im Zivildienste versichert worden ist. Für die Erwerbung der Befähigung hierzu ist eine mehrjährige Vorbereitungszeit in Aussicht genommen, die teilweise auch bei Krankenkassen zurückzulegen ist. Ich ersuche Sie, mit solchen Krankenkassen des dortigen Bezirkes bald namhaft zu machen, die geeignet und auch bereit sind, solchen verabschiedeten Offizieren Gelegenheit zu ihrer Ausbildung in Geschäften der Krankenversicherung zu geben.

Demnach soll die den Arbeitern auferlegte direkte Reichseinkommensteuer dazu benutzt werden, ausgedienten Offizieren einträgliche Stellen zu verschaffen. Wir nehmen an, daß keine Klassenverwaltung dem Ersuchen um Ausbildung von Offizieren als Kassendirektoren entsprechen wird. Die Klassenbeiträge sind nicht zu diesem Zweck gezahlt. Kassendirektoren haben kein Recht, die ihnen zur Verwaltung der Kasse anvertrauten Posten zur Ausbildung von Offizieren zu verwenden. Zur Besetzung von Vorsitzendenstellen von Versicherungsämtern gibt es reichlich andere durch jahrzehntelange Tätigkeit befähigte, vom Vertrauen der Arbeiter getragene ehemalige Arbeiter. Weshalb glaubt die preussische Regierung, an solchen Posten statt fähige Arbeiter unfähige Offiziere verwenden zu sollen, die heute keinen Schimmer Sachkenntnis besitzen?

### „Stupide und snobistische Minister“

In die Sammlung von „guten Tönen“ der Vaterländisch-Christlichen Presse verdient die folgende Aeußerung der „Germania“ aufgenommen zu werden:

„Die „Schwarzen“ sind in ihren — der bayerischen Liberalen — Augen eine verächtliche Masse, unter deren „brutalen Druck“ ganz Bayern ächzend leidet.“

Darüber ist „man“ sich doch einig: Minister, Ministerfrauen, Ministerstöchter, Ministerialräte, Militär, ein Teil des Dienststabes Commis-Voyageurs und ortsanfässige Handlungsgesellen; „man“ weiß das ganz genau; es steht ja in den Neuesten und im

Simplexsimus dieser ausgewählten „Beißesahrung“ jedes „gebildeten“ Bayern.

Niemand unterschätze diese stupiden Auffassungen eines lächerlichen Snobismus, sie sind der Schlüssel für manches politische Rätsel, beispielsweise für die bayerische Landtagsauflösung.“

Wenn Worte überhaupt noch einen Sinn haben, so sind nach dieser Aeußerung der „Germania“ — Nr. 27 — bayerische Minister, ihre Frauen und Töchter, Militär, hohe Beamte, Dienstadel, Reisende und Handlungsgesellen — alle, alle, die nicht so denken wie die „Germania“, Leute, die in stupiden Auffassungen lächerlichen Snobismus befangen sind.

Wir gratulieren zu dem Beitrag zum „feinen“ Ton für unsere Agitationsmappe!

### Agrarier gegen Futtermittelzölle.

Die fortschrittliche „Beizer Zeitung“ verbreitet eine Meldung aus Nordhannover, nach welcher dortige agrarische Führer ein Gesuch an den Reichstanzler betreiben, in dem sie die Aufhebung des Zolls auf Futtergerste und Futtermais bis Ende August 1912, oder, falls finanzielle Schwierigkeiten dadurch entstehen würden, die Herabsetzung des Maiszolls von 30 auf 13 Mark zu diesem Termin fordern.

Trifft diese Meldung zu, dann würde sich daraus ergeben, daß jener Teil der Agrarier, der vorwiegend Viehzucht betreibt, nunmehr die Wirkung bestimmter Wucherzölle am eigenen Leibe zu verspüren bekommt. Wenn das Gesuch der Agrarier in irgend einer Form den Reichstag beschäftigen sollte, dann wäre es nicht uninteressant, zu hören, welche Gründe für oder wider die Agrarier ins Feld führen würden.

### Aus dem sächsischen Landtage.

Bei der Fortsetzung der Debatte über die Reform der Volksschule zerplatzte unser Redner, Genosse Lange, die rüchständigen Bestimmungen des Volksschulgesetzentwurfs sowie die Argumente des Ministers unter dem Beifall der Linken und erklärte, daß unsere Fraktion dem Entwurf nicht zustimmen könne, wenn nicht die Klassenschule beseitigt würde. — Dann sprach der freisinnige Bürgermeister Dr. Roth, für einen freisinnigen ziemlich scharf, gegen die Regierungsvorlage.

Der konservative Abgeordnete Schreiber begründete im Namen eines Teils der Konservativen den Antrag, die Lehrergehälter auf den Staat zu übernehmen. Er beklagte die große Belastung der Gemeinden durch die Schule, die noch größer würde, wenn der neue Entwurf Gesetz würde. Der Kultusminister kündigte eine Einkommensteuer an, wenn die Wünsche der Linken in Erfüllung gehen sollten. Genosse Rißke behandelte besonders die finanzielle Seite der Frage und ging des näheren auch ein auf die nationalen Bestrebungen, die die Regierung mit dem Entwurf verfolgt. — Der national-liberale Fraktionschef Landgerichtsdirektor Heppner wandte sich gegen die Konservativen wegen ihrer reaktionären und gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer radikalen Forderungen, trat aber doch für die Einheitschule ein und erklärte namens seiner Fraktion, daß sie für den Regierungsentwurf, wenn er nicht reformiert würde, nicht zu haben sein werde. Zum Schluß widerlegte Genosse Schulte die Argumente der Gegner und sah noch einmal unsere Forderungen zusammen. Trotzdem noch circa 20 Redner auf der Liste standen, wurde die Debatte geschlossen. Es wurde eine besondere Kommission für die Beratung der Schulvorlage gewählt, die 18 Mitglieder umfaßt, darunter 5 Sozialdemokraten.

### Das Sterbebett im Wahlkampf.

In der bayerischen Landtagswahlbewegung hat der Pfarrer von Hundsbühl in Unterfranken folgende Einladung zu einer Zentrumsversammlung ergehen lassen:

„Gehört Herr! Heute (2. Febr.) ist beim Gastwirt Schäfer Zentrums-Wählerversammlung. Als herzlich gekundter treuer Bayer werden Sie ja ohnedies nur dem Bürgermeister von Riffingen, Hofrat Dr. v. Fuchs, Ihre Stimme geben; denn Sie können doch keinen Liberalen oder Bauernbündler wählen, da diese sich mit der Umsturzpartei (Sozi) verbündet haben. Es sind aber viele Läger und unbedachte Vorwürfe gegen die christliche Volkspartei, das Zentrum, im Umlauf. Diese werden heute abend besprochen. Bitte, kommen Sie unbedingt. Bringen Sie auch Ihre Frau und sonstige erwachsene Angehörige mit. Falls Sie nicht selbst kommen können, dann schicken Sie wenigstens jemand von Ihrer Familie. ... Wählen ist Bewußtseinsfrage. Schlecht wählen ist Sünde. Vaterland und Kirche verlangen, daß man wählt, und zwar richtig wählt. Wählen Sie so, daß Sie es auf dem Sterbebett verantworten können.“

Ergebnis grüßt für das Wahlkomitee des Zentrums Dünler, Pfarrer.“

Wer also nicht schwarz wählt, der muß es einst auf dem Sterbebett verantworten. Und so was läßt sich das Volk noch bieten!

### Im Kampfe mit der Militärjustiz.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 6. Februar: Einen tiefen Einblick in das zuweilen geheime Walten der Militärjustiz gewährte eine Verhandlung, die heute vor dem hiesigen Kriegsgericht gegen den langjährigen Kriegsgerichtspräsidenten Adolf Hoffmann von Torgau begann. Er wird der Verleumdung einiger Offiziere, mehrerer Kriegsgerichtsräte in Halle, Torgau und Magdeburg und der falschen Anschuldigung beschuldigt. In der Verhandlung, die mehrere Tage dauern wird, sind 40 bis 50 Zeugen, Generale, eine große Anzahl Kriegsgerichtsräte, Sekretäre usw. geladen. Der Angeklagte hat gegen die Justizbeamten sehr schwere Vorwürfe erhoben, behauptet aber, den Wahrheitsbeweis erbringen zu wollen. Den Verhandlungsführer Dr. Müller und den nachher als Ersatrichter hinzugezogenen Kriegsgerichtsrat Kühne lehnte er als Befangen ab. Die Herren, meinte er, könnten nicht unparteiisch urteilen, weil sie mit den Personen, die er beleidigt haben soll, in einem kollegialen, freundschaftlichen und gesellschaftlichen Verkehr ständen. Kriegsgerichtsrat Kühne, der mitentscheidend soll, ob Dr. Müller befangen ist, sei Müller zu hohem Dank verpflichtet, weil dieser einmal über Kühne zu Gericht gefessen und letzteren freigesprochen habe. In der Vorverhandlung, in der es zuweilen recht erregt berging, konnte es ein als Zeuge geladener Kriegsgerichtsrat nicht unterlassen, dem Angeklagten bei dieser Gelegenheit den Zutritt zu machen: „Das ist eine neue Verleumdung“. Der Vorsitzende lehnt dagegen ein. Kriegsgerichtsrat Kühne teilte dann, um nichts zu ver-tuschen“, mit, daß er allerdings einmal wegen schändlicher Freiheitsberaubung angeklagt gewesen, unter Leitung Dr. Müllers in erster Instanz freigesprochen, dann aber von dem Oberkriegsgericht auf Berufung zu zehn Mark Geldstrafe verurteilt worden sei.

Als dem Angeklagten bedeutet wurde, daß der gesellschaftliche und kollegiale Verkehr unter den Richtern doch kein Grund zur Befangenheitsklärung sein könne, klagte der Angeklagte bitterlich: Keine Herren, ich folgere die Befangenheit aus folgender Tatsache: Ich stehe hier heute allein vor Ihnen, ohne Verteidiger. Vier Hallische Rechtsanwältinnen lehnten es ab, mich zu verteidigen, weil sie mit den Richtern, die ich beleidigt haben soll, in Verbindung ständen. Dann wandte ich mich an zwei Berliner Rechtsanwältinnen. Diese lehnten meine Verteidigung ab mit der Begründung:

Wir sind Reserveoffiziere und können das nicht machen. Der Angeklagte schildert dann, der heutige Vertreter der Anklage habe ihm den Rat erteilt, auf sechs

Wochen in ein Irrenhaus zu gehen. Er habe den Mut auch besetzt, aber nur aus dem Grunde, einen Verteidiger zu bekommen zur Durchdringung seiner Weisheitslehre. Auf Grund alterständiger Beweise könne er aber nun darlegen, daß er vollkändig gesund sei. Als der Angeklagte weitere schwere Beschuldigungen gegen die Kriegsgerichtsstände erhob, und dabei permanent unterbrochen wird, beantragt er, ihn einmal zehn Minuten unbeanstaltet sprechen zu lassen. Das Kriegsgericht zog sich merkwürdigerweise über den Antrag zur Beratung zurück und gewährte dem Angeklagten

eine Redezeit von zehn Minuten

ohne Unterbrechung. Der Angeklagte sagt, seit drei Jahren kämpfe er nun um sein Recht. Sein Verfahren sei von dem Gericht verschleppt worden. Schriftstücke seien beseitigt und Wahrheitsbeweise zurückgehalten worden. Bei einer unbegründeten Väterbeschlagnahme wären die Kriegsgerichtsstände Bredow, Wärensprung und General v. Kochl nicht korrekt vorgegangen. — Die abgelehnten Richter erklärten sich schließlich für nicht befähigt und die Ablehnungsanträge wurden verworfen. — Als nunmehr, nach vierstündigem Streit die eigentliche Verhandlung beginnen sollte, wurde

vor Berlesung des Eröffnungsbeschlusses

die Öffentlichkeit für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen! Ja, noch mehr. Es war sogar ein Antrag gestellt worden, den an der Verhandlung teilnehmenden Jengen ein Schweigegelot aufzuerlegen. Diesem Antrage ist allerdings nicht stattgegeben worden.

Die Pressevertreter hatten hinter der verschlossenen Kriegsgerichtstür auf einem Treppenspur in der jetzigen kalten Jahreszeit der Dinge, die da kommen werden. Ihnen ein Zimmer anzuweisen, wurde abgelehnt. Trotz alledem und alledem werden wir aber einiges über den Verlauf der Dinge berichten können!

### Der lächerliche Wahlkampf.

Der Bürgermeister von Bunzlau in Schlesien, ein konservativer Herr, hielt anlässlich der Neueinführung von Stadtverordneten, worunter sich auch einige neugewählte sozialdemokratische Vertreter befanden, eine Begrüßungsrede, in der er über den verflochtenen Reichstagswahlkampf folgendes sagte:

Wir haben in den letzten drei Monaten die Freuden und Leiden des Wahlkampfes genügend kennen gelernt. Für alle diejenigen, welche darin als Politiker tätig sind, mag dies ja einen eigenen Reiz haben. Aber im allgemeinen, zumal wenn man die Angelegenheiten der Lokalblätter eingehend studierte, die in ihrer Gegenüberstellung die widersprechendsten Meinungen kundgaben, wirkte die ganze Sache lächerlich.

Ob der Wahlkampf, der das ganze deutsche Volk, abgesehen vom Stadtoberhaupt in Bunzlau, gewaltig aufgeregt hat, auch lächerlich gewirkt hätte, wenn der konservative Kandidat in Bunzlau-Lüben gewählt worden wäre? Wir glauben nicht.

### Die Rache des Zentrums.

Bei den diesmaligen Wahlen zum Reichstag hat bekanntlich das Zentrum mehrere seiner wertvollsten Kräfte verloren, über acht Bischofskrähen weht die rote Fahne. Breslau, München II (früher auch München I), Mainz und Straßburg waren allerdings schon früher durch Sozialdemokraten vertreten. Köln, Würzburg, Regensburg und Dilldorf sind aber erst diesmal dem sozialdemokratischen Ansturm erlegen. Nach Köln ist wohl Würzburg der schmerzhafteste Verlust für das Zentrum; wer etwa bezweifeln wollte, braucht nur die rache- und wutschreiende Zentrumspresse zu lesen, die in eine förmliche Raserei verfallen ist. Das „fränkische Volksblatt“, das Organ des Reichstagsabgeordneten und Benefiziaten Liborius Gerskenberger, das schon früher die Sozialdemokratie nicht zu knapp mit den verschiedensten M-Glabdacher Schwindelnotizen bedachte, widmet seine Tätigkeit jetzt in vermehrtem Maße ausschließlich der Verdächtigung und Verleumdung der Sozialdemokratie. Daneben fällt das Blatt auch über den Liberalismus her, den es zwischen Haupt- und Stichwahl so sehr umschmeichelte. Scheut sich doch das Organ nicht, liberale Führer, die bei der Stichwahl mitgearbeitet haben und sich auch des Sieges freuten, öffentlich an den Pranger zu stellen, indem es ihre Namen veröffentlicht, in der Absicht, die Betreffenden geschäftlich zu schädigen. (Es sind Geschäftleute und Beamte.) Ein Gymnasiallehrer trug in einer losen liberalen Zusammenkunft (die Zusammenkunft wurde nicht einmal öffentlich bekannt gegeben, es fanden sich nur eine Anzahl der bekanntesten Parteiangehörigen zur Entgegennahme des Wahlausfalls ein) ein freiständliches Gedicht vor. Die Folge davon war eine beispiellose gemeine Hege und Denunziation. Mindestens eine Woche lang hegte das Blatt fast Tag für Tag an dem „Staatsbeamten“, der Zweck der Hege ist klar.

Nach der Verzögerung ging das Blatt dazu über, seine Wut an den Würzburger Geschäftsleuten anzulassen und die Landbevölkerung gegen die Stadt aufzuheizen. Wir lassen zu besseren Uebersicht einige solcher — um der Verantwortung besser aus dem Wege gehen zu können im „Sprechsaal“ erscheinender — Notizen folgen.

I.

Schon seit Jahren werden immer wieder Wünsche laut, es möchten für die der Stadt Würzburg zunächst gelegenen Delanate eigene Firmstationen errichtet werden. Diesbezügliche Vorschläge wurden jedoch von der oberörtlichen Stelle stets abgelehnt, wohl in Rücksicht auf die Geschäftsleute der Stadt Würzburg. Eine solche Maßnahme dürfte nunmehr für das bischöfliche Ordinariat in Wegfall kommen, nachdem die liberale Bürgerschaft Würzburgs einem erklärten Feind von Thron und Altar zum Siege verholfen hat über einen alldauernden und hochangesehenen Rittmeister, nur weil dieser die kirchliche Weltanschauung im öffentlichen Leben vertreten hat. Es handelt sich um zehn Delanate mit vielen hundert Himmeln und Patzen, für welche unklar ist ein Firmungsort zu finden würde. Klage von den beteiligten Kreisen die Sache rasch und energisch in die Hand genommen werden. Der Augenblick ist günstig, denn die Erregung über das Vorgehen der Würzburger liberalen Bürgerschaft ist in ländlichen Kreisen allgemein und tiefgehend, zumal da für die Landtagswahlen ein erneutes Zusammengehen der Liberalen mit den Sozialdemokraten in Würzburg beschlossene Sache ist. Die Würzburger Geschäftsleute mögen sich dann vertrauensvoll an ihren neugewählten Abgeordneten und ihre hervorragenden politischen Führer Köhl, Remminger, Bodenmeyer (drei Liberale) usw. halten; sie werden ihnen gewiß Erfolg zu verschaffen wissen für ihre finanziellen Verluste.

II.

Aber daß die Würzburger „Beseren“ ihrer Stadt diese Schmach angetan haben, daß sie nicht eher „rot“ vor Scham geworden sind, zeigt deutlich, wie weit Würzburg gelunken ist. Von dem, daß sie den größten Feind der Bauern, auf die Würzburg doch viel angewiesen ist, gewählt haben, soll gar nicht die Rede sein. Haben doch sogar die Bauern ihren eigenen „Wegger“ wählen lassen. Bei uns ging ein Schrei der Entrüstung durch den Gau, Würzburg wird boykottiert, niemand darf mehr etwas in Würzburg kaufen noch dahin verkaufen. Wenn sie wieder einmal ein Volkstest mit Bauerntrachten abhalten wollen, um die Landleute anzulocken, so mögen sie nur die Sozi einladen, von uns wird kein Wein mehr kommen.

Wie weil der Sozialdemokrat gewählt wurde, werden die Geschäftsleute boykottiert, obendrein ohne danach zu fragen, ob die

Geschäftsleute auch sozialdemokratisch gewählt haben. Der Unschuldige muß ebenso büßen, weil freie Staatsbürger von der Wahlfreiheit Gebrauch machten! Und da soll ein Bischof, der berufenste Hüter des Christentums und der Nächstenliebe, die Hand dazu bieten!

Und da schreien die Zentrumblätter das ganze Jahr über den Terrorismus der Sozialdemokratie! Es wird ihnen wohl nicht möglich sein, auch nur einen so klaren Beweis über Terrorismus zu bringen, als er hier gegeben ist.

### Betrübte Vohgerber.

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ist völlig trostlos über den Ausfall der Reichstagswahlen. Der glänzende Vormarsch der Sozialdemokratie hat bewirkt, daß das Berliner Unternehmerblatt „alle Hoffnung fahren“ läßt. Nicht mal der „magere Trostspruch jener Elemente“, die da zu erklären nicht müde werden, „daß es erst noch viel schlimmer kommen müsse, ehe es besser werden könne“, werde sich rechtfertigen:

„In Wahrheit ist es so schlimm gekommen, wie es überhaupt nur kommen konnte. Aber die erhoffte rettende Katastrophe bleibt aus; wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch noch recht lange anbleiben. In der Zwischenzeit aber dürfte sich so manches ereignen, was jenen Trostspindern, was vor allem dem deutschen Unternehmertum so peinlich wie nur möglich ist.“

Die verängstete Phantasie der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ weiß schon, „daß von der so sehnlich erhofften Vermehrung des Schubes der Arbeitwilligen keine Rede mehr sein wird.“

Nach längeren Haarspaltereien über dies Thema heißt es weiter:

„Aber es ist völlig unnötig, sich mit solchen Begriffsdefinitionen überhaupt abzugeben; der zitierte offiziöse Einwand ist eben lediglich als Ausfluß des ängstlichen Bemühens anzusehen, sich von vornherein in die kommende Ära einer Politik der Konzessionen gegenüber der Viermillionenpartei einzuleben, die uns noch ganz andere Ueberzählungen bescheren wird, als etwa die behörliche Preisgabe des Rechtes der sozialpolitisch Schwächeren auf die Inanspruchnahme ihrer Interessen gegenüber den sozialpolitisch Stärkeren, nämlich den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. Die Etablierung der sozialdemokratischen Fraktion als maßgebende Instanz der Gesetzgebung wird des ferneren auch der weiteren Vermehrung ihres Einflusses auf die breite Masse um so mehr zum Vorteil gereichen, als die mit ihrer Hilfe bewirkte Konstruktion neuer sozialpolitischer Gesetze jeder Art der sozialdemokratischen Klientel den denkbar besten Beweis dafür liefert, daß sie ihre Sache guten Händen anvertraut hat. Welchem Ziele eine solche Entwicklung schließlich zuzusteuern muß, wenn derart die Herrschaft der Roten erst unter freudwilliger Duldung der leitenden Kreise vollkommen stabilisiert worden ist, das mag dahingestellt bleiben.“

„Der rechte Augenblick ward verpaßt!“ Das ist der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ die Quintessenz ihres Rückblicks auf die Reichstagswahl.

Wir aber sagen: wenn noch irgendwo ein Arbeiter nicht weiß, wohin er gehört, dann gebe man ihm die Salbaderei des Berliner Unternehmerblattes zu lesen. Das Klaffengefühl wird da schon entscheiden, daß für die Arbeiter eine „Nachtigall“ ist, was der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“ als „M“ erscheint.

### Gegen die Kölner Zentrumskriegung

wird noch ein neues Blatt begründet. In Breslau werden die Werbeschreiben ausgesandt für eine neue „religiös-politische Wochenzeitung“, die „Das katholische Deutschland“ benannt ist und am 15. Februar zum ersten Male in einer Auflage von 10 000 erscheinen soll. Mit den „Wettusblätter“, der „Kölner Korrespondenz“ und der „Wahrheit und Klarheit“ sind also jetzt vier neue Blätter geschaffen, von denen aus der wahren Richtung zu Lebte gegangen werden soll.

Auch von Rom aus wird der Kölner Richtung arg zugehrt. Die „Unita cattolica“, das bekannte Leitblatt des Papstes, brachte Dienstag drei Spalten lange Angriffe gegen die Kölner Richtung und gegen die „Kölnische Volkszeitung“ über das „schamlose Kölnische Gift“. Darin heißt es: „Pius X. veröffentlicht Erlass auf Erlass über so viele Fragen, und im Deutschen Reich schweigt man und erkloubt, daß die liberalen Protestanten und die Freimaurer die päpstlichen Erlasse bemäkeln. Die sogenannte katholische Presse des Deutschen Reichs aber verliert in ihrer Pflichtvergessenheit darüber kein Wort und rähet mit wenigen Ausnahmen zur Verteidigung des Papstes keinen Finger.“

### Noch ein aufgedeckter Zentrumsschwindel.

In Bülstein im Kreise Wingen-Alzen war während der Wahlzeit die Kirche beschmutzt worden. Diese Gemeindefürsorge wurde dort vom Zentrum und Reichsverband genau so gegen den fortschrittlichen Reichstagskandidaten Kores zugunsten des national-liberalen Reichsverbandkandidaten Dr. Weder benutzt, wie in Wochum der Klosterkirchenandal gegen die Sozialdemokratie zugunsten des national-liberalen Kandidaten Hedmann. In Wingen-Alzen nahm sich aber die Staatsanwaltschaft der Sache an, und jetzt ist nach einer Mitteilung unseres Wochumer Parteiblattes ein Zentrumsanhänger als Kirchenschänder verhaftet worden.

### Die Wirtschaftliche Vereinigung.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hat in ihrer nach Schluß der heutigen Plenarsitzung abgehaltenen Fraktionsitzung beschlossen, von einer Rekonstituierung Abstand zu nehmen. Die dreizehn Abgeordneten, welche man der Wirtschaftlichen Vereinigung zurechnete, werden sich zum großen Teil der konservativen Reichstagsfraktion anschließen. Ein anderer Teil wird zu den Antisemiten Bruhn und Berner gehen. Der Rest wird wild bleiben.

In der heutigen Fraktionsitzung der Fortschrittlichen Volkspartei wurde, wie wir hören, beschlossen, dem Abgeordneten Fischbein den Vorsitz zu übertragen.

### Oppersdorf vom Zentrum ausgeschlossen.

Graf Oppersdorf, der oppositionelle Zentrumsmann, hat, wie von Zentrumseite mitgeteilt wird, zur ersten Fraktionsitzung des Zentrums keine Einladung erhalten. Damit wäre Graf Oppersdorf aus der Zentrumskraktion des Reichstages ausgeschlossen.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Landtagsmiserere.

In Kroatien wird wieder einmal russisch regiert. Der neugewählte Landtag wurde sofort aufgelöst, weil selbst das Aufgebot eines ganzen Armeekorps die Wähler nicht beirren konnte, eine dem „Ramus“ (Wizslöng) genehme Mehrheit zu wählen. Jetzt werden täglich fast alle Kragarer Zeitungen konfisziert, so daß sie schon anfangen, sich zu verabschieden als Vorkriegsblätter zu bringen.

Im mährischen Landtag belächeln die Sozialdemokraten — es sind bis auf den Genossen Ubersch tschechische Separatisten — die neue Dienstordnung für landwirtschaftliches „Gesinde“ durch Obstruktion, nämlich durch Stellung möglichst vieler Abänderungsanträge und Dauerreden.

### Dänemark.

#### Der entschleierte Patriotismus.

In den neunziger Jahren des verflochtenen Jahrhunderts strebte das konservative Ministerium Hörring danach, die dänisch-

westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten zu verkaufen; als dann aber im Jahre 1900 das liberale Ministerium Deunber ans Ruder gekommen war und der Handel abgeschlossen werden sollte, entfalteten die Konservativen eine Bewegung gegen die „Verhinderung väterländischen Eigentums“ und schritten im Landding der Verkauf der Inseln ab, die übrigens für Dänemark keinerlei Gewinn bringen, sondern nur Unkosten verursachen. Nun aber hat die dänische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach einer Kapitalistengruppe für die Anlegung und Ausbeutung eines neuen Hafens auf St. Thomas für die Dauer von 90 Jahren Konzession erteilt werden soll. Das Unternehmen, von dem man erwartet, daß es sich nach Eröffnung des Panamakanals rentieren wird, ist auf 20 Millionen Kronen veranschlagt. Eigentümlich sollte ja der dänische Staat das Werk ausführen, aber die Staatskasse ist leer, ausgebeutet durch den unersättlichen Militarismus, und die Regierung scheint der Ansicht zu sein, daß es ihr infolge des Konkurrenzneides der anderen Mächte nicht möglich sein werde, für jenes Unternehmen eine Anleihe zweckmäßig unterzubringen. In Wirklichkeit ist die verlangte Konzession eine verschleierte Veräußerung der Inseln an den Kapitalismus, was auch von unseren Genossen im Kollekzion zum Ausdruck gebracht wurde. Uebrigens sind die Konservativen über das Unternehmen in heftigen Streit geraten: ein Teil von ihnen preist es als ein großartiges Werk, während ein anderer Teil es zu hinterstreben sucht und vor sensationellen Enthüllungen nicht zurückfährt, durch die die Heuchelei der „Patrioten“ aufs grausamste bloßgestellt wird. Es ist ein dänischer Amerikaner, namens Grön, von dem die Sache ausgeht. Er war in den neunziger Jahren als Agent für den Verkauf der Inseln tätig und hatte sich von dem mit 6 Millionen angebotenen Verkaufspreis 10 Proz. als Provision ausbedungen, die einem amerikanischen Komitee zustehen sollten. Der Abschluß des Geschäftes scheiterte daran, daß der Krieg zwischen Amerika und Spanien ausbrach und man nun auf seiten der Vereinigten Staaten keine Zeit hatte, sich mit der Sache zu befassen. Mittlerweile wurde dem Grön das Geschäft aus der Hand genommen, und der jetzt auch als Schriftsteller und Theaterdirektor bekannte Kapitän Walter Christmas erhielt vom Ministerium Hörring Autorisation zum Verkauf der Inseln; dabei hatte er sich 500 000 Kronen Provision ausbedungen, die mit Wissen des Ministeriums zur Bestechung amerikanischer Kongressmitglieder und der amerikanischen Presse dienen sollten. Als das Landding dann nach Verkauf einiger Jahre den Verkauf der Inseln ablehnte, unter viel Aufstand von patriotischen Phrasen, gelang das offenbar nur deswegen, weil man befürchtete, daß die Bestechungsgeschichte unter dem liberalen Ministerium allzu leicht offenkundig werden könnte.

### Persien.

#### Das Doppelprotektorat.

Wie jetzt auch von offizieller russischer Seite zugegeben wird, nähern sich die russisch-englischen Verhandlungen über Persien ihrem Abschluß. Eine offene Teilung Persiens wollen die beiden konkurrierenden Weltmächte vorläufig vermeiden, denn abgesehen von den internationalen Schwierigkeiten, würde das zu fortwährenden Streitigkeiten und Reibungen zwischen Rußland und England führen. Jede der beiden Mächte hat außerdem ihre geheimen Absichten und Befürchtungen. England hat allen Grund, seinen asiatischen Konkurrenten und jetzigen Bundesgenossen in möglichst enger Entfernung von der indischen Grenze zu halten, um den lange gehegten Plan einer Brücke zwischen Indien und Ägypten durch das Nordrücken Rußlands nicht vereitelt zu sehen. Rußland dagegen hat den Wunsch, nach dem Persischen Golf vorzudringen, keineswegs aufzugeben und wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um das Abkommen mit England über den Hausen zu werfen und sich wie ein Keil nach den warmen Meere vorzuschieben. So stehen sich die beiden Bündnispartner gegenüber, zusammengeschnitten durch das gemeinsame Verbrechen an dem wehrlosen Persien, voll Haß und Mißtrauen zueinander wegen der geheimen Pläne für die Zukunft.

Vorläufig heißt es für die beiden Staaten, eine angängliche äußere Form zu finden, die einerseits dem geschwärtzten Verhältnis gerecht wird und andererseits jedem der beiden Hauptziele des Maximum an sofortigen Erfolgen garantiert. Dieses Ziel dürfte erreicht werden durch die Proklamierung des russisch-englischen Protektorats über Persien, die, wie aus russischen und englischen Quellen übereinstimmend hervorgeht, nahe bevorsteht. Die „Kosmoje Wrenja“ erklärt, der englisch-russische Vertrag von 1907, der alles Unheil und alle Wirren in Persien herausbeschaoren habe, müsse jetzt abgeändert und durch einen anderen ersetzt werden. Das „Prinzip der Nichteinmischung“ (welch ein Hohn!) könne gegenüber Persien nicht mehr eingehalten werden! Wie das offiziöse Blatt aus „sicheren“ Quellen mitteilt, haben die Verhandlungen zwischen Rußland und England folgende Hauptpunkte zum Gegenstand: 1. Die genaue Festlegung der Rechte beider Staaten in ihren Einflusssphären; 2. die Anerkennung der entsprechenden Kontrolle der direkt interessierten Mächte über die Handlungen der persischen Regierung in ihrer Einflusssphäre; 3. die endgültige Entscheidung der Frage betreffend den Erbschaft und 4. den Abschluß einer Anleihe zur Regelung des Verwaltungs- und Heerwesens in Persien.

Wie aus diesen Punkten hervorgeht, soll das „Protektorat“ Rußlands und Englands über die entsprechenden „Einflusssphären“ auf sicherer Grundlage aufgebaut werden. Was etwa in den diplomatischen Vereinbarungen fehlen sollte, wird durch die Militärmacht ergänzt werden, die sich in Persien heimlich eingerichtet hat. Die russische Regierung gibt sich zwar den Anschein, als ziele sie ihre Truppen aus Kaswin nach der kaukasischen Grenze zurück. Zugleich dirigiert sie aber, angeblich zur Erregung und Ablösung der jetzt in Persien stationierten Truppen, von neuem 2000 Mann von Transkaukasien nach Persien und macht nicht die geringsten Anstalten, ihre Besatzungen aus Tabris, Reisch und anderen wichtigen Städten zurückzuziehen. In der Gegend an Armassee macht sich ferner eine immer regere militärische Tätigkeit der Russen bemerkbar, die unter anderem Choi und verchiedene Punkte an der Straße nach Urmia besetzt haben. Die russischen Truppenkonzentrierungen in diesem von der Türkei angebotenen Gebiet stellen, abgesehen von ihrem provokatorischen Charakter, eine direkte Bedrohung der türkischen Verteidigungslinie in der nördlichen Hälfte Kleinasiens dar, deren rechte Platte jetzt außerst gefährdet ist. Von diesem Standpunkt betrachtet, gewinnt das Vorgehen Rußlands in Nordpersien ein weit ernsteres Gesicht. Wie verschiedene Ereignisse der letzten Zeit gezeigt haben, ist die russische Diplomatie wieder eifrig daran, den Brand am Balkan zu schüren. Gehen dort im Frühling wieder die Flinten los, so dürften die russischen Truppenansammlungen im Urmiagebiet eine Bedeutung erlangen, die weit über die Grenzen Persiens hinausgeht.

Petersburg, 7. Februar. (Redung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der russische Konsul in Aherabad meldet erste Anzeichen, Morde und Raubfälle in der Provinz Kasan. Es herrscht dort volle Anarchie, da sich in diesem Gebiet der Kampf zwischen den Anhängern des früheren Schahs und den Verteidigern der Regierung abspielt. Die Ortshörden sind machtlos. Die Truppen des Schahs sind in großer Unordnung und es fällt schwer, die Turkmene und andere Anhänger des Schahs davon abzuhalten, Karzerisch und Sari zu plündern. Der örtliche Handel ist deshalb ganz eingestellt worden und die Kaufleute suchen aus Furcht vor dem Tode in großer Zahl ein Asyl in der russischen Konsularagentur in Korzerisch. In Anbetracht der augenscheinlichen Gefahr für Leben und Eigentum der russischen Untertanen hat der Konsul um Verstärkung der Truppen (1) gebeten, da die in Aherabad befindlichen zwei Sotnien Kosaken mit zwei Maschinengewehren unzulänglich sind. Zugleich haben die Vertreter von Moskauer Firmen, die in Kasan Handel treiben, das Ministerium des Äußerer telegraphisch um Schutz gebeten. Es sind deshalb zwei Kompanien Infanterie mit zwei Maschinengewehren und zwei Bedirgungsschützen nach Aherabad, eine Kompanie mit zwei Maschinengewehren nach Korzerisch und eine Kompanie nach Weisheiser abgeschickt worden.

# Gewerkschaftliches.

## Die Lohnkämpfe der Tapezierer im Jahre 1911.

Ein reiches Kampfsjahr mit einer Anzahl stattlicher Erfolge hat der Verband der Tapezierer hinter sich. In 89 Orten wurden 88 Lohnbewegungen geführt, die sich auf 1049 Betriebe mit 5003 männlichen und 78 weiblichen Beschäftigten erstreckten. Von diesen Bewegungen waren 40 Angriffstreiks, 7 Ausperrungen, 16 Abwehrstreiks und 32 Lohnbewegungen ohne Arbeitsleistung. An den Angriffstreiks waren in 590 Betrieben 2331 männliche und 70 weibliche Personen beteiligt. In 113 Betrieben mit 613 Arbeitern kam es zu Bewilligungen ohne Arbeitsleistung; die Arbeit stellten in 1679 Arbeiter. Es wurde errungen für 2962 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 1 bis 6 Stunden pro Woche, insgesamt 4458 Stunden. An den erzielten Lohnverbesserungen teilnahmen 4070 Arbeiter mit 1 bis 3 M. pro Woche, insgesamt wurden 8575 M. pro Woche erreicht.

An den Lohnbewegungen ohne Arbeitsleistung waren in 913 Betrieben 2539 Arbeiter beteiligt. Es erhielten 1797 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 1/2-8 Stunden, insgesamt 3829 Stunden pro Woche. Lohnverbesserungen erzielten 2401 Arbeiter von 1-4 M., insgesamt 5251 M. pro Woche. Daneben wurden eine ganze Anzahl sonstiger Verbesserungen erzielt, wie bessere Vergütung von Überzeitarbeit, der Leberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Vergütung bei auswärtigen Arbeiten usw. In 18 Orten hatte der Verband Abwehrstreiks zu führen, durch die die von den Unternehmern beabsichtigten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 12 Fällen mit Erfolg abgewehrt wurden. An den Abwehrstreiks waren 118 Arbeiter und 2 Arbeiterinnen beteiligt; an den sieben Ausperrungen nur 15 Arbeiter. Die Kosten für sämtliche Lohnbewegungen betrugen insgesamt 96 278 M.; davon entfallen auf die Hauptklasse 72 535 und auf die Nebenklassen 23 741 M. Der Verlust an Arbeitstagen betrug für die Beteiligten 32 278 Tage, der entgangene Arbeitsverdienst 168 817 M.

Im Tapezierergewerbe bestehen zurzeit 87 verschiedene Tarifverträge, die sich zum größten Teil über ganze Städte und Lohngebiete erstrecken, nur in wenigen Fällen sind mit Spezialfabriken Einzelverträge vereinbart. Diese 87 Tarifverträge regeln für zirka 11 500 Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Tapezierergewerbe sind nach einer sehr genauen Statistik vom Jahre 1910, die sich auf 833 der größten Orte, wo überhaupt Tapezierer beschäftigt werden, erstreckte, 15 580 Gehilfen, 1441 Männer und 4445 Lehrlinge beschäftigt. Von der Statistik erfasst wurden 13 083 Gehilfen, 1417 Männer und 2850 Lehrlinge.

Danach betrug die Arbeitszeit im Tapezierergewerbe im Durchschnitt 54,94 Stunden. 5425 Gehilfen hatten bereits eine Arbeitszeit von 8-8 1/2 Stunden täglich und 3768 bis 9 Stunden, also insgesamt hatten 9178 Arbeiter den 9stündigen Arbeitstag bis zu acht Stunden herunter, 2434 arbeiteten noch 9 1/2 Stunden täglich und 2158 länger als 9 1/2 Stunden bis zu 60; nur 158 wurden ermittelt, die noch länger als 60 Stunden pro Woche arbeiten. Auch für diese letzteren ist im Jahre 1911 wieder eine Besserung herbeigeführt, die sich zahlenmäßig erst bei der nächsten statistischen Aufnahme nachweisen läßt.

Die Tapezierer sind sehr schwer zu organisieren, da im Gewerbe noch der Kleinbetrieb vorherrscht und die Arbeiter meist zu zwei oder drei arbeiten, dies auch in Kleinbetrieben aufgefunden werden müssen. Trotzdem konnte der Verband seine Mitgliederzahl von 2000 im Jahre 1897 auf 9723 im vierten Quartal 1911 steigern; damit umfaßt der Verband zirka zwei Drittel der in Betracht kommenden Organisationsfähigen.

Im Jahre 1906 führte der Verband die Arbeitslosenunterstützung ein. Insgesamt wurden in den letzten sechs Jahren für Arbeitslosen, Kranken-, Streikunterstützung und Sterbegeld 800 000 M. von der Verbandskasse ausbezahlt. Diese Leistungen des Verbandes beweisen, welche Stütze der Tapezierer an seiner Berufsorganisation, an dem Verband der Tapezierer Deutschlands, findet.

### Berlin und Umgegend.

**Trock der Teuerung keine Lohnzulagen.** Die Packer und Lagerarbeiter der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft beschickten sich kürzlich in einer Betriebsbesprechung mit einem Mißtrauen, von dem anscheinend die Direktion der Werke keine Kenntnis hat. Es handelt sich darum, daß genannten Arbeitern die bisher übliche Zulage verweigert wurde. Die Packer und Lagerarbeiter erhalten in der A. E. G., Adlerstraße, einen Anfangs-Stundenlohn von 40 Pf., in dem Werk Brunnenstraße einen solchen von 42 Pf. Bisher wurde den Arbeitern nach jedem halben Jahre ununterbrochener Tätigkeit eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde gewährt. Beim diesjährigen Jahresabschluss blieb die sonst übliche Lohnhöhung trotz der eminenten Verteuerung der Lebensmittel aus. Um nicht den Anschein zu erwecken, als ob seitens der Arbeiter deshalb eine große Aktion geplant werde, kam man überein, daß jeder der Beschäftigten einzeln bei seinem Meister vorstellig werden und um die Gewährung der üblichen Zulage ersuchen soll. Von Seiten der Meister wurde die Erklärung abgegeben, daß es in diesem Jahre eine Lohnzulage überhaupt nicht geben solle, diese vielmehr erst wieder im nächsten Jahre gezahlt werden würde. Die Arbeiter nehmen an, daß diese Maßnahme einem „überfälligen“ Abteilungschef zuzuschreiben ist, dem das Organisationsverhältnis der Arbeiter (80 Proz. der Beschäftigten) ein Dorn im Auge ist. Die Arbeiter hoffen, daß die Direktion, wenn sie Kenntnis von der Sachlage erhält, die sofortige Auszahlung der Zulage, die im Interesse der Ernährung der Familien dringend benötigt wird, veranlassen wird.

Die Berliner Bürstenmacher, die im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind, haben zu Ende vorigen Jahres eine Statistik über ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgenommen. Von den etwa 250 insgesamt Beschäftigten sind 214, darunter 20 Arbeiterinnen, von der Statistik erfasst. Die Bürstenmacher arbeiten überwiegend in kleinen und kleinsten Betrieben. Nur in vier Werkstätten arbeiten mehr als 10 und nur in einer über 20 Personen. Dagegen gibt es 30 Betriebe mit 5 und weniger Arbeitern. Die Arbeitszeit ist vertraglich auf 52 Stunden festgelegt, tatsächlich arbeiten aber nur 36 Arbeiter in 8 Betrieben 52 Stunden und weniger. In einem Betriebe mit einem Arbeiter beträgt die Arbeitszeit 46 Stunden, in einem Betriebe mit 20 Arbeitern wird 48 Stunden gearbeitet. In der Mehrzahl der Betriebe währt die Arbeitszeit zwischen 52 und 56 Stunden, es kommen aber auch längere Arbeitszeiten, bis 66 Stunden wöchentlich vor.

Der besorgniserregende Umstand, daß die vertragliche Arbeitszeit nur so mangelhaft durchgeführt ist, findet seine Erklärung in dem ungünstigen Stand der Organisation. Sind doch nur 55 Bürstenmacher in ihrer zuständigen Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverband organisiert; acht gehören der lokalen Bürstenmachervereinigung und neun anderen Organisationen an. Von den Arbeiterinnen der Berliner Bürstenindustrie ist keine einzige organisiert. Ein, wenn auch langames Zurückweichen der Arbeitszeit ist aber immerhin zu konstatieren. Im Jahre 1897 betrug die durchschnittliche Arbeitszeit noch 57,5 Stunden, im Jahre 1905 war sie auf 55,0 Stunden und bei der letzten Aufnahme auf 54,0 Stunden zurückgegangen.

Ein wenig erfreuliches Bild zeigt auch die Ueberflut über die Löhne. Diese umfaßt 68 Lohnarbeiter mit einem Durchschnittsverdienst von 28,61 M. Unter den 128 Akkordarbeitern sind 20 Arbeiter mitgezählt, die im Verein für Unfallverletzte beschäftigt sind und durchschnittlich 12,10 M. wöchentlich verdienen. Läßt man diese außer Betracht, dann verbleibt für die übrigen 108 Akkordarbeiter ein Durchschnittsverdienst von 24,20 M. Der Gesamtdurchschnittsverdienst unter Ausschluß der beim Verein für Unfallverletzte Beschäftigten beträgt 25,88 M.

Die bei jeder Lohnstatistik beobachtete Erscheinung, daß die niedrigsten Löhne dort zu finden sind, wo am längsten gearbeitet wird, weist auch die vorliegende Statistik der Bürstenmacher aus.

Die Branche der Haushaltungsbürsten ist die am schlechtesten gestellte; sie hat mit durchschnittlich 55,43 Stunden die längste Arbeitszeit und mit 24,62 M. den niedrigsten Durchschnittslohn. Hierbei fällt ins Gewicht, daß diese Branche mit 72 Arbeitern in 25 Betrieben die am zahlreichsten vertretene ist. Die Arbeiterinnen verdienen im Lohn durchschnittlich 12,67 M., im Akkord durchschnittlich 14,57 M., der Gesamtdurchschnittsverdienst beträgt 14 M. Bei einer im Jahre 1900 aufgenommenen Lohnstatistik wurde noch ein Durchschnittsverdienst von 14,70 M. festgestellt.

An dieser Tatsache ist deutlich zu erkennen, welchen Nachteil für die Arbeiter es bedeutet, wenn sie der Organisation ablehnend gegenüber stehen. In einem längeren Aufsatz in der „Holzarbeiter-Zeitung“, dem wir die vorstehenden Daten entnehmen, wird ausgeführt, daß es schon lange das Bestreben der Ortsverwaltung und besonders der Branchenleitung der Bürstenmacher gewesen sei, Lohn und Arbeitszeit der Bürstenmacher auf die gleiche Stufe mit den Tischlern zu bringen. Können die Verhältnisse der letzteren auch keineswegs als übermäßig glänzend bezeichnet werden, so stehen sie doch weit über denen der Bürstenmacher. Aber daß es so weit gekommen ist, haben sie lediglich ihrer Organisation zu danken. Wenn die Bürstenmacher in gleicher Weise vorwärts kommen wollen, dann müssen sie vor allen Dingen ihr volles Augenmerk auf den Ausbau ihrer Organisation richten.

### Eine gelbe Niederlage.

Bei den Wahlen zum Gesellenausschuß der Berliner Fleischer-Lohnorganisation erlitten die Gelben trotz aller Unterstützung der Arbeitgeber eine Niederlage. Der Zentralverband der Fleischer erhielt 287, die Gegner 205 Stimmen. Durch die Geheimhaltung der Wahl bis zum 5. Februar glaubte man die Agitation des Verbandes unterbinden und den Sieg der Gelben sichern zu können.

### Deutsches Reich.

## Lohnbewegung der Holzarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Vereits im Jahre 1908, anlässlich der damaligen Bewegung im Baugewerbe, verfuhrte die im genannten Bezirk maßgebende Unternehmerorganisation, der Westdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, auch die Holzarbeiter in diese allgemeine Bewegung mit einzubeziehen, was jedoch an dem Widerstand der Holzarbeiter scheiterte. Im darauffolgenden Jahre 1909 kamen dann gesonderte Verhandlungen für das Holzgewerbe zustande, deren hervorsteckendes Ergebnis darin bestand, daß das von den Unternehmern präferierte Vertragsmuster eine Reihe für die Arbeiter sehr bedeutsamer Verbesserungen erfuhr. Auch erzielten die Holzarbeiter einen anderen Ablauftermin für ihre Verträge als den für das Baugewerbe festgelegten; die Verträge gelten bis 15. April 1912 mit einvierteljährlicher Kündigungsfrist.

Nach vorausgegangenem Verständigung der beteiligten Arbeiterorganisationen — Deutscher Holzarbeiterverband, Christlicher Holzarbeiterverband und Christlich-Demokratischer Gewerksverein — sind die Verträge nun am 15. Januar 1912 vorschrittsmäßig für folgende Orte gekündigt worden: Ahlen, Bodingen, Völk, Vordel, Essen, Dortmund, Mengede, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hapsy, Hamm, Herne, Lütgendortmund, Recklinghausen, Lünen, Delde, Letmathe, Walthof und Wanne.

Als Vertragskontrahenten kommen auf Unternehmenseite außer dem bereits genannten Westdeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Rheinisch-Westfälische Tischler-Zimmergewerbeverband, der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe sowie eine Anzahl freier Innungen in Betracht. Es ist also an Organisationen kein Mangel.

Ueber den Stand und bisherigen Verlauf der Bewegung läßt sich gegenwärtig noch nicht viel sagen. Sowohl der Unternehmerverband für das Baugewerbe wie auch der Innungsverband haben sich noch erhaltener Vertragskündigung den Gewerkschaften gegenüber zu Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages bereit erklärt, was von den Arbeiterverbänden natürlich nicht abgelehnt wird. Ueber die Art und den Zeitpunkt solcher Verhandlungen wird augenblicklich eine Verständigung zwischen den Beteiligten angestrebt.

### Der Dank der Scharmacher.

In Nürnberg hat der Schutzverband der Lithographie- und Steinbruderunternehmen das Bedürfnis empfunden, dem Magistrat von der Vermeidung des Streiks in dem genannten Verufe Mitteilung zu machen und bei dieser Gelegenheit auch der Polizei für die getroffenen Anordnungen beim Streik Dank abzustatten. Der Oberbürgermeister als Polizeichef läßt sich doch dieses Lobes ein wenig zu schämen und meinte, das sei ein „eigenartiger Fall der Dankeserstattung“. Aber verdient ist dieser Unternehmerdank, denn die Polizei hat es sich eifrig angelegen sein lassen, den Scharmachern, namentlich durch ungehörige Vereinträchtigung der Rechte der Streikposten, gefällig zu sein.

### Ausland.

## Der Hutmacherprozess vor dem Oberbundesgericht der Vereinigten Staaten.

Der berühmte Prozess gegen die amerikanische Hutmachergewerkschaft scheint nun endgültig erledigt zu sein. Die gegen die Hutmachergewerkschaft wegen Boykott der Danbury-Hutfabriken erhobene Klage wurde. Die Anklage nahm eine Verdrängung im Sinne des Shermanischen Gesetzes als vorliegend an. Das Appellationsgericht läßt sich dieser Ansicht nicht an. Die Anti-Boykott-Association brachte die Angelegenheit vor das Ober-Bundesgericht. Der Hutmacherverband hat in seinem Statut einen Passus, der es seinen Beamten zur Pflicht macht, alles auszusetzen, die unregelmäßigen Vertriebe unter die Kontrolle der Union zu bringen, d. h. zu erzwängen, daß die von der Gewerkschaft festgelegten Löhne bezahlt werden. Deswegen, so folgerten die Ankläger weiter, sei jedes einzelne Mitglied für irgend eine ungesetzliche Handlung irgend eines Beamten des Verbandes haftbar zu machen. Die erste Instanz hatte die Hutmacher-Union zur Zahlung einer Entschädigung in der Höhe von 900 000 Dollar verurteilt. Das Oberbundesgericht hingegen schloß sich dem Spruche des Appellationsgerichts an; dieser ging dahin, daß die Mitglieder einer Arbeitervereinigung zum Ersatz von Schäden, der dem Unternehmer in einem Kampfe mit der Arbeiterorganisation entstanden ist, nicht verpflichtet sind, auch dann nicht, wenn die Beamten der Union den Streik oder den Boykott angeordnet haben. Strafbarkeit kann nur dann eintreten, wenn dem einzelnen Mitgliede nachgewiesen wird, daß es an „Gewalttätigkeiten“ (Boykott) selbst teilgenommen oder sie gebilligt habe.

Die Wichtigkeit der Bestätigung dieser Entscheidung durch den höchsten Gerichtshof liegt für die Arbeiterschaft darin, daß, obgleich die Anwendbarkeit des Shermanischen Antitrustgesetzes auf Arbeiterorganisationen aufrecht erhalten wird, kein Arbeiter auf Grund der einfachen Tatsache hin, daß er Mitglied einer Arbeiterorganisation ist, für Schäden verantwortlich und haftbar gemacht werden kann, der dem Unternehmer im wirtschaftlichen Kampfe entstanden.

Hätte das Ober-Bundesgericht im Sinne der Ankläger entschieden, so wäre ein Präzedenzfall geschaffen worden, auf Grund dessen es jedem Unternehmer ein Leichtes gewesen wäre, irgend eine Arbeiterorganisation finanziell zu ruinieren, falls er imstande ist nachzuweisen, daß ihm durch Boykott seiner Ware oder auch nur durch einen von der betreffenden Organisation unternommenen Streik ein Schaden entstanden sei. Diese Gefahr ist abgewendet.

## Aus Industrie und Handel.

### Fort mit dem Kartoffelzoll.

Gegenständig der letzten Teuerungsdébatten verlangte eine sächsische Stadverwaltung auch die Aufhebung des Kartoffelzoll. Darüber sollten agrarische Blätter. Mit der

Männern Behauptung, Kartoffeln könnten zollfrei eingeführt werden versucht sie, die Antragsteller tächerlich zu machen. Das war ein frecher Bluff, denn in Wirklichkeit tragen Kartoffeln in der Zeit von 15. Februar bis 1. August einen Zoll von 10 M. pro Tonne. Bei der Beratung des Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 verlangten die Junfer einen Zoll von 25 M. Angeblich wollten sie damit nur die sogenannten Luxuskartoffeln treffen. Die Regierung wollte nichts davon wissen, sie betonte in ihrer ablehnenden Begründung, daß im Frühjahr sehr oft auch noch vorjährige Kartoffeln zu Speise-, Butter- und gewerblichen Zwecken eingeführt würden. Trotzdem beschloß die Zollmehrmehrheit den Zoll von 10 M. für die angegebene Zeit. Gerade jetzt hat er besondere Bedeutung; er ist geeignet, den Preis der Kartoffeln noch weiter in die Höhe zu treiben. Einmal infolge der nicht ausreichenden Ernte, dann aber auch durch die gegen früher wenig eingeschränkte Ausfuhr ist der Preis jetzt schon weit über den Satz in den Vorjahren hinausgegangen. Im Jahre 1910 sind rund 8 Mill. Doppelzentner ausgeführt worden, im vorigen Jahre, trotz der schlechten Ernte, 2 898 791 Doppelzentner. So konnte es nicht fehlen, daß der Preis sprunghaft stieg. Es kostete eine Tonne Kartoffeln:

	1909	1907	1908	1909	1910	1911
Berlin, fort. Speisekartoffeln	84,6	58,1	54,0	49,9	40,7	59,7
Breslau, sächsische Speisekartoffeln	83,2	40,6	37,7	40,7	35,6	55,3
Magdeburg, Braunkartoffeln	21,2	28,2	30,2	31,7	26,0	33,8

Die Jahresdurchschnittspreise lassen die Entwicklung in den letzten Monaten nicht scharf genug heraustreten. Die gefährliche Teuerung des leider für einen großen Volksteil wichtigsten und unentbehrlichen Nahrungsmittels lassen die Dezembernotierungen besser erkennen. Es müßten nämlich für die oben stehenden Sorten bezahlt werden, pro Tonne Mark:

	Berlin	Breslau	Magdeburg
1909	48,67	36,—	29,—
1910	44,17	38,—	27,—
1911	80,—	70,—	49,—

Im letzten Dezember waren demnach die Preise für Speisekartoffeln fast doppelt so hoch als im Jahre vorher. Und wie steht es jetzt? Die Kalamität ist noch ganz bedeutend schlimmer geworden! Viele Kleinhändler haben den Verkauf von Kartoffeln gänzlich eingestellt, entweder weil sie Ware überhaupt nicht bekommen können, oder aber weil der Großhändler unerschwingliche Preise fordert. Sollen doch die Händler 6 1/2 Mark und mehr für den Zentner, also 130 Mark und darüber für die Tonne bezahlen. Im Kleinhandel werden bis 85 Pf. für 10 Pfund verlangt. Da sich eine Knappheit zeigt, rechnet man mit einem weiteren Steigen der Preise bis auf 10 Pf. pro Pfund! Zum Teil mögen dem Mangel an Ware im Kleinhandel Spekulationen manöver zugrunde liegen. Großhändler halten mit dem Angebot zurück, um dadurch die Preise weiter in die Höhe zu treiben. Um so mehr läge für die Regierung Veranlassung vor, durch die sofortige Aufhebung des Kartoffelzoll solchen Manipulationen und der weiteren Teuerung entgegenzuwirken. Es läge das auch im Interesse der Viehhalter. Die Futtermittel hat die Viehhaltung schon arg dezimiert, bei den wahren hohen Kartoffelpreisen kann das Körnerfutter nicht sehr vorteilhaft durch Kartoffeln ersetzt werden. Die Zollaufhebung ist das mindeste was geschehen muß.

Darüber hinaus muß aber auch eine Tarifermäßigung die Einfuhr von Kartoffeln erleichtern. Bisher hat die Regierung noch nichts Wirkungsvolles zur Abmilderung der Kartoffelnot getan. Allerdings, aus Gefälligkeit für die Junfer erlaubte sie, daß die landwirtschaftlichen Brennereien auch Weis anstatt Kartoffeln zur Spritzgerinnung verwenden dürfen. Diese Maßnahme, die vielleicht die Brenner tröstet, läßt, wie sich zeigt, keinen Einfluß auf die allgemeine Preisentwicklung aus. War doch auch der Preis für Brennkartoffeln im Dezember 1911 schon um 22 M. höher als im Jahre vorher.

Mit Redensarten und billigen Verströfungen, die man schon aus der agrarischen Presse kennt, kann sich die Regierung nicht an der Pflicht vorbeibrücken, durch die geforderten Maßnahmen dem Kartoffeltouche wenigstens etwas zu steuern.

## Letzte Nachrichten.

### Schiffahrtsstörungen der Italiener.

Rom, 7. Februar. Die italienischen Blätter bringen heute eine Statistik der fremden Schiffe, die im Laufe des Krieges von italienischen Kriegsschiffen angehalten und durchsucht worden sind. Es sind im ganzen 25, nämlich 5 ägyptische, 7 türkische, 5 griechische, 4 österreichische, 3 französische und 1 rumänische.

### Der Ausstand im Vorinoge.

Brüssel, 7. Februar. (B. L. V.) Die Führer der ausländischen Bergarbeiter im Vorinogebezirk haben beschlossen, am Freitag ein Referendum zu veranstalten, um festzustellen, ob der Streik angesichts der Weigerung der Grubenbesitzer, den star's quo bis zum 1. Juli aufrecht zu erhalten, fortgesetzt werden soll. Gestern und heute griffen Ausständige an verschiedenen Orten Bayern an, die Lebensmittel zu Markt brachten; sie wurden durch Gendarmen in Schranken gehalten werden, jedoch hat sich ernstliches nicht ereignet.

### Im Eise eingebrochen.

Breslau, 7. Februar. (B. L. V.) Heute nachmittag brachen drei Knaben im Alter von 10 bis 13 Jahren auf dem Eise der Oder zwischen Kaiser- und Pessingbrücke ein, gerieten unter die Eiskecke und ertranken. Ein Mann, der sofort Rettungsversuche unternahm, brach ebenfalls ein und wurde mit Wunde gerettet.

### Ein Kind verbrannt.

Rösigbüttel, 7. Februar. (S. B.) Ein schwerer Unglücksfall hat sich heute vormittag hier zugetragen. In Abwesenheit der Mutter hing die Kleider eines sechsjährigen Mädchens, das sich dem offenen Feuer zu sehr genähert hatte, Feuer, und im Augenblick stand das Kind in hellen Flammen. Als die Mutter nach Hause zurückkehrte, fand sie die verkohlte Leiche ihres Töchterchens vor.

### In den Flammen umgekommen.

Osia, 7. Februar. (B. L. V.) In Geldern bei Sonsbeck ist ein großer Bauernhof niedergebrannt. Der Bruder des Besitzers ist in den Flammen umgekommen. Drei Pferde, einundzwanzig Kühe, einundvierzig Schweine und viel Geflügel sind verbrannt.

### Ein österreichisches Elektrizitätswerk vernichtet.

Marburg (Steiermark), 7. Februar. (B. L. V.) Gestern ist das große Elektrizitätswerk bei Marburg verunstaltet infolge Kurzschluß vollständig niedergebrannt. Die im Gebäude anwesenden Arbeiter sowie der Besitzer konnten nur mit Mühe ihre Habseigenheiten retten. Die Feuerwehre mußte sich darauf beschränken, die anliegenden großen Holz- und Kohlenvorräte zu schützen. Die benachbarten Betriebe, die aus dem Werk ihre Elektrizität bezogen, mußten den Betrieb einstellen.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung von Anträgen, Betreffend

Aufbesserung der Altpensionäre.

Der Antrag Dr. Schroeder-Kassel (natl.) und Gen. will die Regierung ersuchen, noch im Laufe dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher eine prozentuale Erhöhung der Pensionen der vor dem 1. April 1908 in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten, Lehrer und Lehrerinnen sowie der Rentnerinnen der Witwen und Waisen solcher Beamten und Lehrer vorsieht.

Ein Antrag Kronsohn (Sp.) und Gen. will dasselbe und zwar eine Erhöhung der Pensionen bis zu 3000 M. inkl. des Zuschlags.

Von dem Abg. Dr. Arendt (fl.) und Gen. ist dazu ein Antrag eingegangen: die Regierung zu ersuchen, schon für 1912 unter entsprechender Veranschlagung der Fonds zur Unterstützung der Altpensionäre des Beamten- und Lehrstandes deren Zweckbestimmung dahin zu erweitern, daß alle altpensionierten Beamten und Lehrer, deren Gesamteinkommen den als auskömmlich anzusehenden Betrag nicht erreicht, ohne weiteres als unterstützungsbedürftig anzuerkennen und ihnen entsprechende Beihilfen zu gewähren sind.

Abg. Wismann (natl.): Die Notwendigkeit der Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre ist nicht zu bestreiten angesichts der gestiegenen Kosten der Lebenshaltung, die sich in den letzten 30 Jahren um die Hälfte erhöht haben. Wir halten an unserer Forderung der gesetzlichen Regelung dieser Bezüge fest. Leider hat sich Herr v. Pappenheim im Gegensatz zu der Haltung der Konservativen im vorigen Jahre gegen eine solche gesetzliche Regelung ausgesprochen und hat auf den Unterstützungsfonds verwiesen. Der Finanzminister Dr. Henke hat sich, wie nicht anders zu erwarten war, auf denselben Standpunkt gestellt. In der Tat aber haben die Altpensionäre einen Rechtsanspruch auf Erhöhung ihrer Bezüge. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen.

Abg. Delius (Sp.): Ich kann mich den Ausführungen des Vorredners nur anschließen. Die Pensionen der Altpensionäre sind außerordentlich niedrig, insbesondere die der Lehrer. Die Pensionen der vor 1891 pensionierten Lehrer betragen nur ein Drittel der heutigen Pensionen. (Hört! hört! links.) Die übrigen Pensionäre haben sich zu einem Zentralverband deutscher Pensionäre zusammengeschlossen. Wenn aber dieser Verband u. a. fordert, daß auch die Bezüge der Reupensionäre erhöht werden müssen und daß jedesmal bei einer Erhöhung der Beamtengehälter auch die Pensionen erhöht werden sollen, können wir ihm nur raten, seine Forderungen nicht allzu sehr zu überspannen. Die Pensionäre gefährden dadurch nur ihre berechtigten Forderungen. (Sehr richtig! rechts.) Wir wünschen, daß entsprechend den Lebensverhältnissen die niedrigen Pensionen aufgebessert werden. Wenn dazu, wie der Finanzminister sagte, 7 1/2 Millionen nötig sind, so wird diese Summe bei unserer glänzenden Finanzlage nicht schwer aufzubringen sein. (Sehr richtig! links.) Wir erwarten, daß die Regierung nun endlich die berechtigten Forderungen der Altpensionäre erfüllt. (Bravo! links.)

Abg. v. Gehler (l.): Wir bringen dem Schicksal der Altpensionäre das denkbar größte Wohlwollen entgegen, sind auch der Meinung, daß die gesetzliche Regelung ihrer Bezüge auf die Dauer nicht zu umgehen sein wird, haben aber praktische Bedenken gegen die vorliegenden Anträge. Bei Gewährung prozentualer Zuschläge würden gerade die Landlehrer sehr schlecht wegkommen. Auch hielten wir die Begrenzung des Antrags Kronsohn auf 3000 M. nicht für angebracht. Wir wollen keine schematische Regelung, sondern Zugrundelegung der tatsächlichen Verhältnisse der Pensionäre, etwa unter Ausbeziehung derer, die ein bestimmtes Privateinkommen haben. Ein Antrag in diesem Sinne wird Ihnen noch zugehen. (Bravo! rechts.)

Abg. König (z.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Anträgen Schroeder-Kassel und Kronsohn. Für die Unterstützungen müssen bestimmte Grundzüge festgelegt werden, vor allem muß die Zahl der unversorgten Kinder berücksichtigt werden. Die Höhe der Unterstützungen darf nicht so gering sein, daß sie wie ein Trinkgeld oder Almosen aussehe. (Sehr richtig! links.)

Abg. Krause-Waldenburg (fl.): Um den Altpensionären so schnell wie möglich zu helfen, halten wir es für richtiger,

zunächst den Streit auszuschalten, ob die Regelung der Bezüge auf gesetzlichem Wege geschehen soll oder durch Erhöhung der Beihilfen. Wir streiten uns sonst noch jahrelang um Prinzipien mit der Regierung, womit den Altpensionären nicht geholfen ist. (Sehr gut!) Im übrigen glauben wir, daß unser Antrag einen praktischen Weg zur Regelung der Materie bietet. Dem Vorredner stimme ich darin bei, daß zu geringe Beihilfen nicht vorzuziehen sind. So wurde einem Vektor eine Beihilfe von 17 Mark pro Jahr gewährt! (Hört! hört!) Es müssen bestimmte Grenzen festgelegt werden, innerhalb deren sich die Unterstützungen zu bewegen haben. Eine Prüfung der persönlichen Bedürftigkeit der Einzelnen halte ich im Gegensatz zum Vorredner bei Bemessung dieser Bezüge nicht für angebracht. Für Fälle besonderer Bedürftigkeit sind besondere Fonds da. (Bravo!)

Abg. Ströbel (Soz.):

Auch wir sind einverstanden mit den Anträgen Kronsohn und Schroeder-Kassel. Dadurch wird nur eine bedauerliche Lücke ausgefüllt, die bei der Befoldungsreform gelassen wurde. Wir hätten selbst einen solchen Antrag gestellt, wenn uns das nicht infolge unserer geringen Zahl unmöglich wäre. Wir sind zwar die stärkste Partei im Lande, verfügen aber doch nur über sechs Abgeordnete. Es ist selbstverständlich, daß eine Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre notwendig ist, nachdem inzwischen durch den Zollwucher auch ihre Verhältnisse so sehr verschlechtert worden sind. Selbst die „Kreuz-Zeitung“ hat ja gestern zugegeben, daß in den letzten 15 Jahren die gesamten

Lebensverhältnisse um 28 bis 30 Proz. verteuert

haben. Trotz der verschiedenen Versprechungen der Regierung, den berechtigten Wünschen der Altpensionäre und ihrer Hinterbliebenen Rechnung zu tragen, ist das bisher nicht geschehen. Schon 1906 wurde darüber geklagt, daß es Lehrerwitwen habe, die eine Pension von 250 Mark beziehen. (Hört! hört! links.) Ein Regierungsvorredner erklärte damals, daß in Zukunft jede alte Witwe mindestens 300 M. Pension im Jahre erhalten solle. Trotzdem mußte 1907 erneut darüber Beschwerde geführt werden, daß eine 83-jährige fast erblindete Lehrerwitwe nur 250 Mark erhalten habe und mit ihrem Besuch um Erhöhung der Unterstützung nach sieben Monaten abgewiesen worden sei. (Hört! hört!) 1908/09 wurde dann wieder versprochen, daß die Fonds entsprechend erhöht werden sollten. Trotzdem blieb die Notlage der Lehrerwitwen die gleiche. Noch am 30. März 1911 wurde in der Budgetkommission eine Erhöhung des Unterstützungsfonds beschlossen, und das Resultat war, daß am 21. Juni 1911 wieder Beschwerde darüber geführt wurde, daß zwei Lehrerwitwen, 82 und 87 Jahre alt, ganze 348 Mark Pension bezögen. (Hört, hört! links.) Das ist kein Ruhmestitel für Preußen, das nach dem Worte des Fürsten Bismarck in der Welt voranmarkieren soll.

Nach der Absicht des Finanzministers soll nun abermals das System der Unterstützungen beibehalten werden. Das ist nach den gemachten Erfahrungen schon aus praktischen Gründen abzulehnen, aber wir sind vor allem auch aus prinzipiellen Gründen dagegen. Die Altpensionäre und ihre Hinterbliebenen haben

ein moralisches Recht auf Pension

und dürfen nicht mit Bettelfennigen abgefunden werden. Der Finanzminister meinte allerdings, sie möchten sich vertrauensvoll an die zuständigen Behörden wenden. Wenn aber solche Fälle sich ereignen können, wie der von dem Vorredner erwähnte, dann möchte ich wissen, woher das Vertrauen zu der Regierung kommen soll. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch Herr Friedberg hat bei der Etatsberatung betont, daß die Altpensionäre es als Demütigung empfinden, wenn sie sich als Vorkämpfer an die Behörden wenden müssen. Auch Herr Sittart vom Zentrum hat das früher zugegeben. Nicht Almosen haben die Altpensionäre zu verlangen, sondern Befriedigung ihrer Rechtsansprüche. (Sehr richtig! links.) Der Finanzminister behauptete, es sprächen aberhand „staatsrechtliche“ Argumente gegen die gesetzliche Regelung. Zunächst sagte er, sie widerspreche der Gepflogenheit. Da kann man mit dem Dichterwort sagen: Das ist ein Brauch, von dem der Brauch mehr erbt als die Befolgung. (Sehr gut! links.) Und wenn der Minister weiter meinte, die Staatsfinanzen erträgen die Belastung mit den dazu erforderlichen Mitteln in Höhe von 6,8 Millionen nicht, so erinnere ich nur daran, daß zur Erhöhung der Kronsohn Pension 3 Millionen ohne weiteres bewilligt wurden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den Vorschlag der Konservativen, die Pensionen zu gewähren unter Verzicht auf das Privateinkommen der Betroffenen, halten wir nicht für richtig. Es handelt sich eben nicht um ein Almosen, sondern um einen Rechtsanspruch der Pensionäre. (Sehr wahr! links.) Und wenn hier,

dann müßte dieser Grundfah doch auch bei den Pensionen im allgemeinen berücksichtigt werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Auch bei den Ministern!) Auch dem Antrag der Freikonservativen können wir nicht folgen. Aus den Ausführungen des Abg. König ging nicht klar hervor, ob das Zentrum für die gesetzliche Regelung ist oder nicht. Er sprach sich zuerst dafür aus, brachte aber nachher allerlei Gründe dagegen vor. Es scheint, als ob das Zentrum seinen späteren Umfall vorbereiten und den Konservativen wieder Hilfe leisten will. Die Konservativen wollen ja, daß nicht nur die persönliche Bedürftigkeit, sondern auch die persönliche Würdigkeit entscheiden soll. Gerade nach den Verwüch, die Beamten politisch zu entrechten, sind wir gegen die Gewährung von Unterstützungen, damit nicht auf diese Weise auch den inaktiven Beamten ihr Staatsbürgerrecht geraubt werden kann. Deshalb wollen wir von einem solchen Unterstützungsfonds, der nur

ein Korruptionfonds

sein kann, nichts wissen und verlangen eine baldige gesetzliche Regelung der Ansprüche der Altpensionäre. Der Vertreter der Freikonservativen meinte, wir sollten uns nicht über Prinzipien streiten, dann bekämen die Altpensionäre gar nichts. Aber wenn die Mehrheit dieses Hauses geschlossen vorgeht und der gesetzlichen Regelung zustimmt, dann wird zweifellos die Regierung die Verantwortung dafür scheuen, daß die so dringend bedürftigen Altpensionäre noch länger auf Erhöhung ihrer Bezüge warten müssen. Wenn die gesetzliche Regelung nicht zustande kommt, liegt die Schuld also allein an den Konservativen und dem Zentrum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stroffer (l.): Die Angriffe des Abg. Ströbel gegen die Rechte waren ganz unbegründet. Wir stehen in unserer über großen Mehrheit auf dem Standpunkt der gesetzlichen Regelung. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Pappenheim!) Ich bin überhaupt gegen die Unterstützungen; dies Wort hat nun einmal einen üblen Klang (Sehr richtig! links) und wie der von Herrn Krause-Waldenburg vorgebrachte Fall beweist, mit Recht. (Abg. Hoffmann (Soz.): Sehr richtig!) Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen, die Bezüge der Altpensionäre unter Berücksichtigung ihres Privateinkommens aufzubessern.

Abg. Heine (natl.): Was anderstoo möglich ist, muß auch in Preußen möglich sein. Man muß auch berücksichtigen, daß sich unter den Altpensionären zahlreiche Kriegsteilnehmer befinden. Zwölf Prozent derselben haben sogar an allen drei Feldzügen teilgenommen. Wenn für diese Altpensionäre so wenig gesorgt wird, wo soll da noch die Vaterlandsliebe herkommen! (Hört! hört! links.)

Abg. Ernst (Sp.) tritt insbesondere für die Aufbesserung der Bezüge der pensionierten Lehrer ein.

Damit schließt die Besprechung. Sämtliche Anträge gehen an die Budgetkommission.

Es folgen Anträge betreffend Regelung der Verhältnisse der nichtrichterlichen Beamten.

Abg. Feitsch (natl.) begründet den Antrag seiner Freunde, der die Regierung ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den gemäß Artikel 98 der Preussischen Verfassung vom 31. Januar 1850 die Verhältnisse der nicht zum Richterstande gehörigen Staatsbeamten einheitlich und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechend geregelt werden sollen.

Abg. Delius (Sp.) befragt einen Antrag auf eine einheitliche, organische, rückpendende und den veränderten Zeitverhältnissen entsprechende Neuregelung des gesamten Beamtenrechts. Die Schaffung eines modernen Beamtenrechts ist zurzeit die wichtigste Frage für die Beamten. Selbst Sachsen hat ein wesentlich moderneres Beamtenrecht als Preußen. Vor allem muß das Wahl-, Petitions-, Vereins- und Versammlungsgesetz der Beamten, sowie deren Recht auf freie Meinungsäußerung durch Wort und Schrift gewährleistet werden. Eine dringende Forderung ist die Befreiung der Arreststrafe für Unterbeamte. (Sehr richtig! links.) Ebenso notwendig ist eine Reform unseres Disziplinarrechts unter Einführung des Wiederaufnahmeverfahrens. Die Beamten müssen die volle Gleichberechtigung mit allen anderen Staatsbürgern genießen. (Bravo! links.)

Abg. v. Gehler (l.): Wir stimmen dem Antrag Feitsch zu, lehnen aber den Antrag Kronsohn ab. So schlecht wie man die Rechtslage der Beamten schildert, ist sie durchaus nicht.

Abg. König (z.) spricht sich ebenfalls gegen den Antrag Kronsohn und für den Antrag Feitsch aus.

Abg. Nowaldt (fl.) äußert sich im demselben Sinne.

Darauf wird ein Schlussantrag angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch die Abg. Dr. Schapp (Sp.) und Dr. Liebmach (Soz.)

Kleines feuilleton

Eine Strindbergfeier veranstaltete die Neue Freie Volksbühne am Dienstag im Neuen Volkstheater. In einem einleitenden Vortrage unruhig Gustav Landauer den Menschen und Dichter. Warmherzig brodete er uns den unerwünschten Kämpfer nahe, der stets die Wahrheit, seine Wahrheit suchte. Aber gerechterweise zeigte er ihn uns auch als den modernen Romantiker, dessen Leben eine Reihe von Krisen ist, dessen Erlebnislust bis an die Grenzen des Wahnsinns führt. Strindberg die repräsentative Gestalt unserer Zeitgenossenschaft, Strindberg der Problematiker und Paradoxe, Strindberg der Dichter der Wirklichkeit und der Sehnsucht. So charakterisierte ihn Landauer. Den tiefen Zwiespalt zwischen Geist und Sinnlichkeit deckte er in ihm auf und verhehlte nicht, daß dieser Forscher aller Abgründe im Menschen kein Lehrer und Führer sein kann und will, daß er Aergernis zu erregen gekommen ist. In seinem Schaffen stellt er sein eigen Erleben zur Schau, voller Widersprüche, voller Kämpfe und Kämpfe, unharmonisch und ungemessert. (Ob nicht ein Teil der Zweipaltigkeit in Strindberg durch seine Stellung zu den Massen zu erklären wäre? Als Sohn der Magd hat er den starken proletarischen Masseninstinkt nie verleugnet. Aber in seinem schrankenlosen Individualismus, in seiner völligen Isoliertheit hat er ebenso starke antidemokratische Tendenzen entwickelt. Der Hof.)

Ein Bild von Strindbergs Schaffen durch Vorführung von Einzelskizzen zu geben, ist von äußerster Schwierigkeit. Das Gesamtwerk ist riesig und imponierend, aber es ist wie eine höchst mannigfache und kontrastreiche Landschaft. Jede Einzelheit gehört dazu, aber keine gibt eine Vorstellung vom Ganzen. Die Veranstaltung des Abends machten sich die Aufgabe leicht. Sie gaben uns nur den Strindberg der Kiepschöpferei und Strindberg den Weiberfeind. Herr Karl Streckler las sehr ungeschicklich Bruchstücke aus dem Roman „Am offenen Meer“, der großen Tragödie des vom Leben losgelassenen Intellektuellen, der im Kampf mit dem Leben und der Vernichtung erliegt. Ohne Zweifel ein Meisterwerk Strindbergs. Aber wo blieb der Gesellschaftskritiker („Das rote Zimmer“), wo der Demokrat, wo der Mystiker, der Künstler historischer Miniaturen und vor allem der Selbstbekenner und Selbsterlebenskämpfer Strindberg?

Und doch dauerte die Feier so schon bis 12 Uhr. Die famose Szene Die Stärkere und die Abrechnung mit jenem Weibwesen, das Strindberg behext zu haben scheint: Gläubiger zeigten uns den Dramatiker. Welch eine Kunst des Dialogs (oder Monologs), welche Schärfe der Beobachtung, welche eine bis zur Qual gesteigerte psychologische Scharf- und Analyse! Rosa Vertens war für beide Stücke die gegebene Brette, in dem ersten die liebende Frau, die ihrer Liebe alle Opfer bringt und so die überlegene Geizhals überwindet; in dem andern, der Lokette Vampyr, der die Männer aus-

saugt, selber ein Nichts, das alles nimmt aber nie gibt. Sie wußte diese mit den Augen des Hasses gesehene Karikatur lebendig zu machen.

Vom Pariser Blumenhandel. Es herrschte in Paris dieser Tage keine geringe Aufregung, als Blumenhändler und Blumenliebhaber erfuhrten, daß ein ministerieller Beschluß den Schnittblumen von italienischer Herkunft den „Jutritt“ zu den französischen Blumenmärkten untersagte. Der Beschluß war übrigens nur von kurzer Dauer, denn die Maßregel wurde angesichts der Proteste der Blumenhändler vorläufig aufgehoben. Die Blume spielt in Paris eine große Rolle. Daher kommt es, daß Paris ein, nein, der große Blumenmarkt Europas geworden ist. Aus allen Ecken Frankreichs, hauptsächlich aber von der französischen Riviera, kommen alle erdenklichen Blumenarten in Fülle und Fülle nach der Seinestadt. Im Vergleich mit der Blumenproduktion der Côte d'Azur spielen die italienischen Blumen auf dem Pariser Blumenmarkt eigentlich nur eine untergeordnete Rolle. Trotzdem würde das ministerielle Einfuhrverbot die Blumenindustrie in nicht geringe Verlegenheit gebracht haben, da bei den Blumenexporten, die von Paris nach dem Ausland gehen und deren Wert jährlich mehr als drei Millionen Francs beträgt, die italienischen Blumen immerhin in Betracht gezogen werden müssen. Während die italienischen Händler sich in Frankreich mit Rosen, Nelken, Levkojen, Rosen, Ranunkeln, Anemonen versehen, lassen sich die Blumenhändler Südrançais aus den großen Blumenbezirken der italienischen Riviera bestimmte Rosenarten kommen, die in Frankreich nicht gezogen werden.

Var und Alpes-Maritimes sind die beiden Departements, die den großen Pariser Markt am meisten mit Blumen versorgen. Von Hyeres bis Mentone sieht man ein einziges großes Blumenfeld, auf welchem Rosen, Weiden, Nelken, Mimosen, Spazintiben, Narzissen, Anemonen und Levkojen blühen. Die Blumenzucht bringt hier den Züchtern sehr viel ein; es wird z. B. erzählt, daß einem Bauern in Carqueiranne sein Rosenfeld — etwa zwei Hektar — durchschnittlich 50 000 Francs pro Jahr bringe. Man wird sich von der Bedeutung des südrançaisen Blumenhandels einen Begriff machen, wenn man erfährt, daß Paris von November bis Ende April täglich im Durchschnitt 5000 Rollen Blumen erhält. Ein großer Teil dieser Sendungen wird sofort weitergeschickt: nach Deutschland, nach England, nach Rußland und sogar nach Schweden. Einer der besten Kunden ist Deutschland. Im Jahre 1909 erhielt Berlin etwa 4000 Tonnen frische Blumen: zwei Drittel kamen aus Frankreich und das andere Drittel aus Italien. Die Anzahl der Hektare, die in den Departements Var und Alpes-Maritimes ausschließlich der Blumenzucht gewidmet sind, schätzt man auf achttausend. Hyeres produziert fast ausschließlich Weiden, die sehr gesucht sind. Die Saison beginnt im November und endet Ende April. Nizza und Antibes liefern prächtige Nelken und auch das sogenannte Parmareilchen. In Carqueiranne baut man Nelken und eine bestimmte Narzissenart an. Vallauris liefert Rosen, Ni-

mosen und Anemonen. Moutoules bringt Narzissen, Spazintiben, Anemonen und vor allem Immortellen hervor. Die Blumen von Grasse, die einen Weltruf genießen, dienen besonders zur Parfumsfabrikation. Cannes und Golfe Juan widmen sich fast ausschließlich der Orangenblütenzucht. Die Ernte ist eine Schenkwürdigkeit für sich.

Dank den raschen Verkehrsmitteln kommen die Blumen des Südens in ihrer ganzen Pracht und Frische nach Paris. In weniger als sechzehn Stunden ist die Fahrt von Nizza nach Paris vollendet; für viele Blumen ist das aber noch lange nicht das Ende der Reise, denn sie gehen weiter in alle Länder. Wenn sie geschnitten sind, haben nicht alle Blumen die gleiche Lebensdauer. Die Rose kann zehn Tage leben, während das Weiden nur sieben bis acht Tage erhalten bleibt. Kräftiger ist die Nelke, die vierzehn Tage frisch bleiben kann. Aber das alles ist relativ und hängt von den meteorologischen Bedingungen, von der Kälte, von der Wärme, von der Feuchtigkeit oder Trockenheit der Luft ab.

Notizen.

— Vorträge. Am Donnerstag, abends 8 Uhr, findet im Blüthner-Saal ein Vortrag von Prof. Berner Sombart über das Thema: Judentum und Antisemitismus statt.

— Die Rückständigkeit der tgl. Bibliothek in den technischen Fächern ist jetzt von der Verwaltung offiziell anerkannt worden. Der Direktor Harnad will sich durch den Verein Deutscher Ingenieure einen Techniker voranschicken lassen, der zunächst eine Uebersicht über die vorhandenen Bestände aufstellen soll. Der Verein gibt einen Zuschuß zu dem Gehalt des technischen Assistenten.

— Zeitschriftenschau. Unter dem Titel „Die Arbeitsschule“ beginnt das Organ des Vereins für Anabendarbeit mit stark erweitertem Programm seinen 28. Jahrgang. Das gesamte Gebiet der werktätigen Erziehung soll in Zukunft in der Zeitschrift gepflegt werden.

— Automatische Telephone sind von der Londoner Postbehörde nach längeren erfolglosen Versuchen in Betrieb genommen worden. Ein großer Fortschritt ist dadurch erzielt, zumal auch die Benutzung dieses Telefons billiger ist. Die Einschaltung geschieht ganz automatisch mittels einer kleinen Scheibe. Jeder ist imstande, sich selbst Anschluß zu verschaffen, zunächst an das betreffende Amt und dann an die Nummer, mit der er zu sprechen wünscht.

— William Ramsay, der berühmte Entdecker des Argon und der anderen Edelgase der Luft, dem auch der weittragende Nachweis der Wandlungsfähigkeit der Elemente zu verdanken ist, wird von seinem Lehrstuhl für allgemeine Chemie am University College, den er gerade 25 Jahre innegehabt hat, zurücktreten. Da sich der Forscher erst im 60. Lebensjahre befindet, darf angenommen werden, daß er seine Lehrtätigkeit nur aufgibt, um durch Arbeiten im Laboratorium seiner Wissenschaft um so mehr dienen zu können.

**Hg. Dr. Schupp (Sp.) (Schlußwort):** Es ist sehr bedauerlich, daß bei einem so wichtigen Antrage die Regierung unvertreten ist. (Sehr richtig! links.) Wenn eine Reform des gesamten Beamtenrechts in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich ist, so sollte zum mindesten die seit 30 Jahren geforderte Reform des Disziplinarrechts nach diesem Landtag vorgelegt werden. Es muß dafür gesorgt werden, daß unrichtige Berichte in den Personalakten berichtigt werden können. (Bravo! links.)

Der Antrag **Fritsch** wird hierauf angenommen, der Antrag **Kronsohn** gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr (kleinere Vorlagen und Anträge.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

### Reichstagseingänge.

Im Reichstage eingegangen ist der Etat für 1912, die Rechnungen über den Etat von 1910, und über die Etats der Schutzgebiete für 1906, ferner der Entwurf eines Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichsmilitärgesetzes sowie des Gesetzes betreffend Aenderung der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 und eine Uebersicht über die Entschliessungen des Bundesrats auf Beschlüsse des Reichstages.

## Der Krieg.

### Die Italiener wollen Hodeida nicht beschossen haben.

Rom, 7. Februar. (Melbung der Agenzia Stefani.) Nach einem hier eingetroffenen Bericht des Kommandanten des italienischen Geschwaders im Roten Meer hat in diesen Gewässern lediglich eine Beschichtung des türkischen Lagers in Djebana und der Häften in seiner Umgebung stattgefunden. Es bleibt daher das Dementi der nachrichtlichen Blätter, italienische Kriegsschiffe hätten Hodeida beschossen, in vollem Umfange bestehen. Aus dem Bericht des Kommandanten geht hervor, daß der Eisenbahngesellschaft, die den Bau der Bahn bei Ras el Keibis übernommen hat, niemals eine Aenderung, die Arbeiten einzustellen, gemacht worden ist und daß gegen die Gebäude dieser Gesellschaft kein Schuß gefallen ist.

## Zur Revolution in China.

### Das Abdankungsdekret veröffentlicht?

Peterburg, 7. Februar. Die „Kowoje Brestja“ meldet aus Peking, daß heute das Abdankungsdekret des kaiserlichen Hauses veröffentlicht worden ist. Im russischen Außenministerium lag eine Bestätigung der Nachricht allerdings noch nicht vor.

## Aus der Partei.

### Die überflüssigen Dankfugungen.

Wie angebracht unsere Notiz über die verschiedenen Dankfugungen sozialdemokratischer Abgeordneter war, beweist gerade der Umstand, daß diese Fälle nicht vereinzelt waren. So hat z. B. auch in Berlin Genosse **Hofrichter** eine solche Ueberflüssigkeit für nötig gehalten. Damit solche Sitten sich in Zukunft nicht noch mehr einbürgern, war es wirklich an der Zeit, dagegen Einspruch zu erheben.

### Stockholms Arbeiterbibliothek

Konnte dieser Tage ihr 20jähriges Bestehen feiern. Den Grundstock bildete die Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Aber schon im ersten Jahre schlossen sich die Gewerkschaften größtenteils an, so daß man die Bibliotheken von 40 Vereinen, die damals 2000 Mitglieder zählten, generalisieren konnte. Heute sind dem „Arbeiterbibliothekerverband“ 130 Vereine mit rund 20 000 Mitgliedern angeschlossen. Die Bibliothek zählte anfangs nur 400 Bände und war in einem elenden Mietraum ohne Fenster und ohne Heizung untergebracht. Jetzt hat sie 25 000 Bände und schöne helle Räume mit Les- und Schreibzimmern im Volksbause sowie zwei Filialen in anderen Stadtteilen. Ferner sind 18 Wanderbibliotheken von 40–60 Bänden vorhanden, die auf Wunsch der Organisationen auf bestimmte Zeit nach anderen Orten versandt werden. 1892, im ersten Jahre der Bibliothek, war die Zahl der Ausleihungen 3003, 10 Jahre später 62 000. Den Höhepunkt stellte das Jahr 1909, als die Arbeiter durch die große Ausperrung und den Generalstreik viel Zeit zum Lesen hatten, mit 173 000 Ausleihungen dar. Seit 1901 zahlt die Stadt einen Zuschuß, der jetzt 12 000 Kronen (13 500 M.) beträgt, seit 1907 auch der Staat, jetzt 1000 Kronen.

## Jugendbewegung.

### Aus der österreichischen Jugendbewegung.

Zu den schon bestehenden deutschen, tschechischen und italienischen Organen der proletarischen Jugend ist nun die „Freie Jugend“ getreten, die im äußersten Osten der Monarchie, in Czernowitz, der Hauptstadt der Bukowina, erscheint. Das Blatt ist für die in entsetzlichem Elend heranwachsende jüdische Arbeiterjugend bestimmt und deshalb im jüdischen Jargon geschrieben und mit hebräischen Lettern gesetzt. Der Staatsanwalt hat gleich die erste Nummer an mehreren Stellen konfisziert.

## Soziales.

### Schwebische Armenfürsorge.

Mit 1074 Hektar Flächeninhalt ist das Dorf Wehlingen in Westpreußen, nahe an Pommerens Grenze, eine der größten Gemeinden. Zudem ist es ein fruchtbares Land. Der Besitzer braucht dabei wahrlich nicht Not zu leiden. Anders der Arbeiter. Ihm geht es wie überall: In der Jugend wadert er sich für seine „Brot“geber ab und wenn das Alter naht, sieht er, wie überflüssig er eigentlich auf dieser Welt ist. In diesem Dorfe lebt ein Landarbeiter, der sich 64 Jahre lang durchs Leben schlug, so gut es eben gehen wollte. Als er alt wurde, fiel ihm die Arbeit immer schwerer, immer seltener gelang es ihm, Beschäftigung zu finden. Der Mann war leidend. Er ging zum Arzt, um dort zu hören, er müsse eine andere Lebensweise führen, müsse sich kräftiger nähren, sonst sei er dem Tode verfallen. Wieder Himmel, wovon? In seiner Not bat der Greis die Gemeinde um Hilfe. Vier lange Wochen vergingen in Gängen und Wangen. Dann kam nicht die Hilfe, sondern folgendes Schreiben:

Gemeinde-Amt.

J. Nr. 98.

Auf Ihr Gesuch an das königl. Landratsamt betreffend eine Unterstützung, teile ich Ihnen mit, daß der hiesige Ortsarmenverband es ablehnt, Ihnen eine laufende Unterstützung zu zahlen, Gründe:

1. erhalten Sie jährlich 156,60 M. Renten, auch sind Sie körperlich noch so rüftig, daß Sie leichte Arbeiten sehr gut ausführen können und sich zu dem angegebenen Betrage eine nette Summe hinzu verdienen können;
2. haben Sie eine sehr rüftige, tätige Frau, welche ja, wie ich weiß, fast täglich in Arbeit ist und einen sehr guten Verdienst hat;

3. haben Sie einen 15 Jahre alten Sohn, welchen Sie zur Erlernung des Schuhmacherhandwerks in die Lehre gegeben haben und in den ersten 4 Jahren nichts verdient. Es ist daher auch in erster Linie Ihre Pflicht, Ihren Sohn in eine derartige Stellung zu geben, wo er gleich einen Verdienst hat und pflichtgemäß, so weit es möglich ist, für Sie, wenn eine Bedürftigkeit vorhanden ist, eintritt. Solche Jungen werden gerade hier von den Besitzern sehr gesucht und erhalten hohen Lohn;

4. ist Ihre Wohnung viel zu teuer; Sie können, da Sie keine Kinder haben im Hause, eine kleine Wohnung beziehen und auch hierbei mit Leichtigkeit 30–35 M. sparen. Ihr ganzes Gehalt ist stark übertrieben, ich habe wiederholt festgestellt, daß es Ihnen durchaus nicht schlecht geht, sondern im Gegenteil Sie ein ganz gutes Leben führen. Gegen diesen Bescheid steht Ihnen frei, die Beschwerde beim Kreisaußschuß zu erheben.

Der Gemeindevorsteher.

Schwartz.

Die Antwort des Gemeindevorstehers zeigt, welche Auffassung im kapitalistischen Staate über Armenfürsorge vorhanden ist. Niemand darf auf Hilfe hoffen, so lange er nicht auf den tiefsten Grund des Elends gekommen ist. 156,60 M. Invalidenrente das ganze Jahr! Und dann könnte der Mann sich auch noch eine „nette Summe“ dazu verdienen. Er könnte! Der Arzt denkt darüber anders, wie der Gemeindevorsteher. Und wer auch nur einen Blick auf den durch jahrelange Arbeit verbrauchten Proletarier gemorfen hat, weiß, daß die Behauptung des Gemeindevorstehers nicht zutrifft. Der Mann ist vollkommen arbeitsunfähig. Die Frau ist 49 Jahre alt. Sie gab 18 Kindern das Leben. Gewiß, sie geht auch arbeiten, aber ihr Verdienst ist höchstens 5 M. monatlich. Dann der Schuhmacherlehrling, der von 16 Kindern am Leben blieb. Er sieht das Elend eines Landarbeiters in seinem Vater verlorbort und um sich davor zu bewahren und seinen Eltern später beibringen zu können, lernt er ein Handwerk. Aber was braucht ein Arbeiterkind zu lernen und zu streben! Es genügt, wenn es im Alter genau so im Elend verkommt. Die Wohnung, die „viel zu teuer“ ist, besteht aus einer Stube mit 4,66 mal 4,05 Meter Flächeninhalt und 2,34 Meter Höhe und hat ein Fenster. Der Mietspreis beträgt 7 M. monatlich. Der Mietspreis der dortigen Armenwohnung, denn eine billigere gibt's nicht, beträgt 5 M. monatlich. Also nur eine Preisdifferenz von 2 M. Der Bescheid verrät eine für ostelbische Anschauungen typisch rückständige Auffassung.

### Unfallrente und Steuern.

Als die deutschen Brauereiarbeiter nach langen Kämpfen endlich die Ablösung des Freibieres erreicht hatten, freute sie diese Kulturart, die ihnen eine Mehrerinnahme pro Jahr von 2 bis 300 Mark brachte und ihre Gesundheitsverhältnisse haben mußte. Sehr interessant ist es nun, daß derselbe Staat, welcher jede Lohnbewegung der Arbeiter mit scheelen Augen ansieht, sich sofort dieser Mehrerinnahme der armen Brauereiarbeiter zu Gemüte führte. Er schied seinen Nimmerfakt, den Steuerfiskus, vor, welcher den Brauereiarbeitern genau vorrechnete, daß sie jetzt laut Tarif eine viel größere Lohnentnahme jährlich zu erwarten haben und daher auch eine höhere Einkommensteuer zu zahlen haben. Laut Tarif müsse ja das Liter Freibier mit 15 Pf. vergütet werden, also bei täglich 7 Liter Freibier eine Jahreseinnahme von 315 Mark. Wohl oder übel mußten sich die Brauereiarbeiter dies gefallen lassen.

Natürlich verlangten jetzt die Brauereiarbeiter, daß auch die Berufsgenossenschaft im Falle eines Betriebsunfalles diesen Betrag der Rente zugrunde zu legen habe. Sei ihre Einnahme um 315 M. laut Steuerberanlagung pro Jahr erhöht, so müsse demgemäß auch ihr Jahresverdienst bei Berechnung der Unfallrente erhöht werden. Da sich die Rente nach der Höhe des Jahresarbeitsverdienstes bekanntlich richtet, so haben dann die Verletzten wenigstens einen Vorteil aus dieser Erhöhung. Doch die Berufsgenossenschaft klammerte sich nicht um die Maßnahmen des Steuerfiskus, sondern faßte den Beschluß, daß täglich nur 4 Liter Freibier mit 60 Pf. oder 180 M. pro Jahr in Anrechnung zu bringen seien. Auf den Protest der Verletzten wurde ihnen nur der Bescheid:

„Zust. der Anrechnung des Freibieres teilen wir Ihnen mit, daß laut Beschluß der Genossenschaftsversammlung zu Lindau vom Jahre 1909 nur 4 Liter Freibier täglich der Rentenberechnung zugrunde zu legen sind.“ Punktum.

Der Staat nimmt die ganze Summe bei der Steuerberechnung an und die Berufsgenossenschaft nur 180 M. Geschädigt sind also wieder die Arbeiter.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein konservativer Ochsenprozeß.

Gegen die Ansbacher Konservenfabrik, eine konservative Gründung, an deren Spitze u. a. der inzwischen verstorbene konservative Abgeordnete Jungwirth, der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete Hufnagel stand, hat die bauerndemokratische „Völkische Landeszeitung“ in Würzburg seinerzeit einen heftigen Kampf geführt. Die schweren Vorwürfe, die gegen die Fabrik erhoben wurden, bezogen sich namentlich auf die Ochsenlieferungen an das Militär, und es war u. a. behauptet worden, daß jahrelang versucht worden sei, minderwertige Ochsen zu liefern, einmal sei ein abgewiesener Ochse andern Tags nochmals vorgeführt worden, man habe den den Ochsenlieferanten nicht willfährigen Ansbacher Schlachthofdirektor von Ansbach weggeleitet usw. Der frühere Abgeordnete Hufnagel und der Oekonom Schuster als Vorstandsmitglieder der Gesellschaft verklagten den Chefredakteur Memminger des genannten Blattes wegen Verleumdung und erzielten beim Schöffengericht auch dessen Verurteilung mit 75 M. Aber das Würzburger Landgericht als Berufungsinstanz hat nunmehr das Urteil aufgehoben, den Beklagten vollkommen freigesprochen und den Klägern die sehr erheblichen Kosten auferlegt. Das Urteil erklärt, es liege fest, daß die Behauptungen als wahr erwiesen sind, daß die Lieferungen an das Militär sehr mangelhaft waren, daß jahrelang versucht wurde, der Militärverwaltung schlechtes Material zu liefern und daß der Versuch von Personen gemacht wurde, die als Abgeordnete in der Reichstagskammer tätig waren.

Das Urteil und seine Begründung ist eine schwere Niederlage der konservativen Hauptlinge und Junkerghosen in Mittel-Franken.

### Keine Sitten.

Wegen eines rohen Auftretens im Kriminalgerichtsgebäude standen gestern zwei unerschrockene Gegner, der Praxier und Hauptmann v. L. a. D. Johannes Hahn und der Apotheker und Oberapotheker v. Ref. Paul Ruben unter der Anklage der Körperverletzung bezw. der Verleumdung gemeinsam vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I. Beide traten zugleich als Nebenkläger gegeneinander auf. Herr Ruben hatte für Herrn Hahn eine geschäftliche Vermittlung übernommen und glaubte Anspruch auf eine Provision in Höhe von 13 000 M. zu haben. Dieser Anspruch wurde bestritten und es kam zu einem Zivilprozeß. Wegen mehrerer Anwürfe, die Ruben im Verlaufe dieses Prozesses seinem Gegner machte, schickte ihm dieser eine Forderung zu, die nicht angenommen wurde, dann aber zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft kam. Der Angeklagte Hahn wurde wegen Herausforderung zum Zweikampf zu einer Woche Festungshaft verurteilt.

Am 8. Juli trofen die beiden Gegner im Sitzungssaal der 5. Strafkammer zusammen, da sie mit mehreren anderen als Zeugen in einer Strafsache wider Kieemann geladen waren. Da soll nun Herr Ruben so laut, daß es Herr Hahn und mehrere andere gehört haben, vor sich hin gesprochen haben: „Die Leute, die hier als Zeugen geladen sind, sind reif für den Staatsanwalt, es sind laule Jungen und die richtigen Meinerdbrüder!“ Als

dann die Zeugen nach ihrem Aufruf den Saal wieder verlassen hatten, wurde es draußen auf dem Wandelgang außerordentlich laut: Herr Hahn hatte seinem Gegner einen so verben Schlag ins Gesicht versetzt, daß diesem grün und gelb vor Augen wurde und er eine geschwollene Nase und, da auch sein Kniefer von dem Schläge getroffen wurde, eine blutende Wunde an der Wade davontrug. Er mußte sich im Krankenhaus Ruben verbinden lassen und hat dann 14 Tage lang krank zu Hause zugebracht.

Die Folge dieses Auftretens war die jetzige Anklage gegen beide Angeklagte. Das Schöffengericht kam nach Prüfung der Sachlage zu dem Urteil, daß es dem Angeklagten Hahn zu 50 M. Geldstrafe und 20 M. Buße, den Angeklagten Ruben dagegen zu 200 M. Geldstrafe verurteilte. Das Schöffengericht ging davon aus, daß die von dem letzteren ausgestellten Verleumdungen so schwer waren, daß der Angeklagte Hahn durch diese aufs äußerste gereizt werden mußte. — Gegen das Urteil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden, die jedoch keinen Erfolg hatte. Die Strafkammer hielt das Urteil des Schöffengerichts für durchaus zutreffend.

### „Die schwarze Bande“.

Gemeingefährliche Erpressungsversuche, durch welche das Opfer bald dem Wahnsinn nahe gebracht worden war, beschäftigten gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts III. Aus der Untersuchungshaft wurde der Hausdiener Roman Odenbrecht vorgeführt, um sich wegen versuchter schwerer Erpressung (Bedrohung mit Mord) zu verantworten. Der Angeklagte war bis vor einiger Zeit in einem Pensionat in Charlottenburg als Diener angestellt gewesen. Als er hier entlassen worden war und kein Geld hatte, schrieb er an eine in dem Pensionat wohnende Russin, ein Fräulein Radetska, einen Brief, der die Unterschrift „Die schwarze Bande“ trug. In diesem Briefe, welcher mit gezeichneten Totenköpfen, Dolchen, Revolvern und Bomben versehen war, drohte er der zu Tode Erschrockenen an, daß sie sofort 500 M. an das Postamt am Godefshen Markt senden müsse, wenn ihr ihr Leben lieb sei. Am nächsten Tage erhielt Fräulein R. einen zweiten Brief ähnlichen Inhalts, in welchem ihr mitgeteilt wurde, daß sie von der über die ganze Erde verzweigten Bande schon von Rußland aus verfolgt werde und das dort ansässige Zentralkomitee ihren Tod beschließen habe, wenn sie sich weigere zu zahlen. Die Empfängerin der Briefe geriet durch diese Drohungen nach ihrer eigenen Angabe in einen dem Wahnsinn nahen Zustand und fürchtete sich, ihre Wohnung überhaupt zu verlassen. Als sie noch einen dritten Brief mit den fürchterlichsten Todesdrohungen erhielt, setzte sie endlich die Polizei hiervon in Kenntnis. Von dieser wurde ihr geraten, an die angegebene Adresse ein Kuvert mit Zeitungspapier zu schicken. Als der Angeklagte dann auf dem Postamt erschien und den Brief abholen wollte, wurde er von Kriminalbeamten verhaftet.

Vor Gericht behauptete der Angeklagte, daß er es mit den Drohungen überhaupt nicht ernst genommen habe. Er habe das Fräulein R. nur ängstigen wollen, um sich an ihr dafür zu rächen, weil sie ihm während seiner Tätigkeit kein Trinkgeld gegeben habe.

Staatsanwalt Dr. Linde beantragte, den Angeklagten mit Rücksicht auf die außerordentliche Gemeingefährlichkeit derartiger Erpressungen die milderen Umstände zu verjagen und ihn zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus zu verurteilen. Das Gericht billigte ihm jedoch mit Rücksicht auf seine Jugend noch einmal mildernde Umstände zu und erkannte auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenkonferenz und Gemeindevahlrecht.

Am 1. Februar hielten die Genossinnen Niederösterreichs ihre Landeskonferenz ab, zu der über 60 Genossinnen, davon 19 aus der Provinz und 11 von gewerkschaftlichen Zentralverbänden erschienen waren. Reichspartei, Landespartei und sozialdemokratische Landtagsfraktion waren ebenfalls vertreten. Die Zahl der organisierten Sozialdemokratinnen hat sich im Berichtsjahre von 3438 auf 4879 erhöht. 10 neue Organisationen wurden gegründet. Die Einführung des vom Innsbrucker Parteitag beschlossenen Wahlfonds wird auch von den Genossinnen durchgeführt und werden zu diesem Zweck die Beiträge vom 1. Juli 1912 an erhöht. Anfangs März werden Massenversammlungen mit der Tagesordnung: Weg mit dem § 30 — heraus mit der politischen Gleichberechtigung der Frauen veranstaltet. Denn noch immer ist die vom früheren Parlament beschlossene Aufhebung dieses Paragraphen vom neuen Reichsrat nicht durchgeführt. Die Vorlage schlummert im Verfassungsausschuß und die Genossinnen wollen versuchen, sie zu wecken.

Der Frauentag wird gemeinsam mit den deutschen Genossinnen vermutlich am 12. Mai stattfinden.

Ueber die kommenden Gemeindevahlwahlen in Wien wurde vom Genossen **Winarski** ein Referat erstattet und darauf hingewiesen, daß die Gemeindevahlfraktion am 31. Januar den Bürgermeister interpelliert hat, wann er den sozialdemokratischen Antrag zu verwickeln gedenkt, der die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen verlangt. Die Konferenz faßte den Beschluß, bei den kommenden Versammlungen zur Agitation für die Gemeindevahlwahlen überall folgende Resolution zu unterbreiten:

„Die Frauen der arbeitenden Klassen in Oesterreich, die die doppelte Bürde der Lohnarbeit und der Hauswirtschaft zu tragen haben, erheben Protest, daß sie nur als gleichberechtigt gek. n. wenn die Lasten aufgeteilt werden, daß sie aber als minderwertige behandelt werden, wenn Rechte verliehen werden. Die Frauen der arbeitenden Klassen protestieren, daß sie zwar in der Gemeinde wie im Staate alle Steuern entrichten müssen, Lebensmittel-, Verzehrungs- und Hauszinssteuern, ebenso wie Einkommen- und Gewerbesteuer, daß sie aber von der Verwaltung und Mitberatung in der Gemeinde ausgeschlossen sind.“

Die Frauen, die als Arbeiterinnen, Mütter und Gemeindevorgerinnen ihre volle Pflicht erfüllen, fordern, daß ihnen auch ihr volles Recht eingeräumt werde. Die Frauen der arbeitenden Klassen verlangen das Wahlrecht für die Frauen in der Gemeinde, wie in Staat und Land, und erklären, mit allen Mitteln tätig zu sein, daß nur Männer in den Gemeinderat gewählt werden, die bereit sind, mit allem Nachdruck für das gleiche und allgemeine, aktive und passive Wahlrecht der Frauen einzutreten.

Dem Landesparteitag wurde folgender Antrag zur Beschlußfassung unterbreitet:

„Der 19. sozialdemokratische Landesparteitag beschließt: Bei Einbringung aller selbständigen Anträge auf Erwerbung des Wahlrechts ist nicht nur im Landtag und in der Reichshauptstadt Wien, sondern auch in allen Gemeinden die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen ausdrücklich zu fordern und zu begründen.“

Zu diesem Antrag wurden die Genossinnen betwogen, weil es üblich ist, bei Wahlrechtsanträgen nicht direkt vom Frauenwahlrecht zu sprechen, sondern das Wahlrecht für alle Staatsbürger zu verlangen. Bei der Geringfügigkeit, die den Frauen im öffentlichen Leben noch immer zu teil wird, fällt aber nur wenigen Menschen ein, unter Staatsbürger auch die Frauen zu verstehen.

Weim Landesparteitag, der vom 2. bis 4. Februar tagte, wurde dieser Antrag eingebracht, der vom Referenten zur Annahme empfohlen wurde, nachdem er sich entschieden für das

Frauenwahlrecht ausgesprochen hatte. Die Sprecherin der 24 Genossinnen, die den Antrag gestellt hatten, führte in der Begründung aus, daß auch in Oesterreich das Frauenwahlrecht nichts Unerhörtes mehr sei. In Laibach ist das direkte Gemeindevahlrecht für die Frauen eingeführt, ebenso in Vorarlberg, wo es allerdings auf Witwen und Unberühmte beschränkt ist.

Kürzlich in der Stadt Steyr und in Klagenfurt wurde das Frauenwahlrecht von der Meinung der Regierung abhängig gemacht. In Wiener-Neustadt wählen die Frauen mit Vorkräften und die dem Landtags von Oberösterreich vorliegende Gemeindevahlreform enthält das direkte Wahlrecht für alle Frauen, die irgend eine Steuer entrichten.

Die Rednerin appellierte an die Vertreter in allen Gemeinden, überall die Forderungen nach dem Frauenwahlrecht zu erheben, um den Frauen, die in der Sozialdemokratie den einzigen Schutz und Hort gegen die Ausbeutung haben, zu zeigen, daß auch ihre politische Rechtslosigkeit von der Sozialdemokratie bekämpft werde. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

#### Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Der Zentralverband der Hausangestellten, Ortsgruppe Berlin, Michaelkirchplatz 1, veranstaltet am Sonntag, den 11. Februar, im „Deutschen Hof“, Ludauer Str. 15, ein Kostümfest in den Alpen (deforierte Säle und vielerlei Unterhaltung). Wir bitten die Arbeiterkassen, alle ihre bekannten Hausangestellten, Dienstboten usw. auf dieses Fest aufmerksam zu machen und auch selbst daran teilzunehmen.

### Aus aller Welt.

#### Tragischer Unfall bei einer Hochzeit.

Die „Deutsche Rundschau“ meldet aus Szammarzewo an der russischen Grenze: Als die Teilnehmer an einer Bauernhochzeit in einem geschmückten vierstündigen Leiterwagen zur Kirche fuhren, prallte der Wagen an einer Wegeabzweigung in voller Fahrt gegen einen Chauffeur, so daß er zerstückt und die Insassen mit großer Wucht auf das Pflaster geschleudert wurden. Vier Personen waren sofort tot, die übrigen Insassen erlitten Arm- und Beinbrüche. Nur der Kutscher blieb unbeschädigt.

#### Schweres Unwetter in Portugal.

Wie ein Telegramm aus Santarem meldet, ist durch heftige Regengüsse der Tejo so stark angeschwollen, daß das Hochwasser alle früheren Hochfluten zu übersteigen droht. Zahlreiche Dörfer, die abgeschnitten sind, bitten um Lebensmittel. In Santarem reicht das Wasser an mehreren Stellen bis an das erste Stockwerk der Häuser. Die Mauer eines Kirchhofes ist eingestürzt, die Gräber sind verflutet, Särge, Gebeine und Leichen liegen verstreut im Schlamm. Der Verkehr auf den Landstraßen ist durch Trümmer aller Art gehemmt. In Mertola wurde ein Landhaus von den Fluten

hintergerissen. Eine Familie, bestehend aus sieben Köpfen, fand dabei ihren Tod in den Fluten.

#### Meuterei in einem französischen Militärgefängnis.

Im Militärgefängnis zu Varranz brach Dienstag abend unter den Strafgefangenen eine Meuterei aus, die schon seit langer Zeit von den Sträflingen vorbereitet war. Die Gefangenen versuchten, das Gefängnis niederzubrennen, indem sie ihre Betten in Brand steckten. Sie schlugen dann die Türen ihrer Zellen ein, überfielen die Wächter und versuchten, aus dem Gefängnis zu entkommen. Der Fluchtplan mißlang aber, da die Tore des Gefängnishofes geschlossen waren. Es wurden Truppen requiriert, um die Ruhe wieder herzustellen. Die Meuterei veranlaßte einen regelrechten Kampf gegen die einschreitenden Soldaten und verwundeten einen Hauptmann durch Revolverschläge. Schließlich gelang es den Truppen, die Meuterei festzunehmen. Die Rädelführer wurden in Ketten gelegt.

#### Kleine Notizen.

Zwei Professoren erfroren. Die Grazer Gymnasialprofessoren Schroll und Haas hatten vor einigen Tagen eine Skitour auf die Koralm unternommen und wurden seitdem vermißt. Jetzt hat man die beiden erfroren aufgefunden.

Ein betrügerischer Kaufmann. Der Inhaber der in Konstanz geratene Getreideimportfirma Heinrich Sträter in Duisburg ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wegen Verdacht des Betruges und der Untreue verhaftet worden.

Feuer im Gerichtsgebäude. In der französischen Stadt Alençon brach während einer Schwurgerichtssitzung im Gerichtsgebäude eine Feuerbrunst aus. Die Verhandlung wurde unter großer Panik aufgehoben. Bald darauf stürzte die Decke des Schwurgerichtssaales ein, ohne jemand zu verletzen. Der angerichtete Schaden ist ziemlich bedeutend.

Zwei Meer getrieben. Am Hafen von Zaganog am Asowschen Meer löste sich gestern eine Eisscholle, auf der sich 20 Fischer befanden. Die Eisscholle wurde bei heftigem Sturmweiser ins Meer getrieben. Alle Versuche, die Fischer zu retten, waren erfolglos.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsqualifikation beigemessen ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

**N. 2. 39.** 1 Quadratrate = 14,184 Quadratmeter. 2 gleichgültig. — **N. 2. 78.** Verein gegen Verarmung, Kaiser-Friedrich-Strasse 64 II. Ohne Begrenzung. — **0.40.** Zwei Wettende. Unvollständig. Nennen Sie die Art der Stellungen. — **N. 2. 13.** Wenn denn? — **N. 2. 43.** Keine der bestehenden Organisationen steht auf unserem Standpunkt. Wenden Sie sich an den Reichsarbeiter-Verband, Charlottenstr. 3. — **N. 2. 777.** Sie können Auseinandersetzung verlangen. Antrag an das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Mutter verstorben ist. — **N. 2. 11268.** 1. Ja. 2. Die Klage ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk der Möbelhändler domiziliert. — **N. 2. 87.** 1. Ja. 2. Geldstrafe. 3. Drei Monate. — **N. 2. 8.** Harburg. Es empfiehlt sich, daß der Vater ein Testament errichtet, in dem er seine Kinder event. Ehefrau als Erben einsetzt. — **N. 2. 110.** 1. Nein. Meldung muß aber innerhalb

einer Woche nach Aufhören der Versicherungspflicht erfolgen. 2. Ja, sofern sie innerhalb des letzten Jahres vor der Niederkunft mindestens 6 Monate Kassenmitglied — wenn auch nicht derselben Kasse — gewesen ist. 3. Nur in der Klasse, die das Statut vorseht. — **C. M. 23.** Für die Zeit bis Ende Kalenderjahr 1912. — **N. 2. 213.** 1. Nur dann, wenn Einkommen über 1000 Mark mit veranlagt ist. 2. Die Schwiegermutter bleibt haltbar. — **N. 2. 12.** Die notwendigen Sachen müssen belassen werden. Die Kosten betragen pro Person etwa 3 M., abgesehen von dem etwaigen Haftvorzug. — **N. 100.** 1. und 2. Abzug unzulässig, sofern das Geld aus eigenen Ersparnissen herrührt. — **Erld 100.** 1. Nicht bekannt. 2. Nur dann, wenn es im gewöhnlichen Betrieb tätig gewesen ist, sonst Amtsgericht. 3. Strafbar. Es ist ein Erlaubnisbescheid der Erlaubnismission einzuholen. — **Vuttamer 8.** Ob das Urteil ausreicht, kann erst nach Kenntnis des Inhalts gefragt werden. — **N. 2. Ober-Sachsenweide.** Nein, falls die Kündigungskraft innegehalten ist. — **N. 2. 127.** 1. u. 2. Ja. 3. Die Klage ist auf Eintrag und Inhalt des Abzahlungsvertrages zu stützen. Sie lassen die Klage am zweckmäßigsten durch einen Anwalt erheben. — **N. 2. 2.** In der Regel nein, falls nicht der Mietvertrag etwas anderes besagt. — **N. 2.** Ja. Kommen Sie in die Sprechstunde; so allgemein läßt sich die Frage nicht beantworten. — **N. 2. 94.** Ueberhaupt nicht, falls das Kind nach dem 1. Januar 1900 geboren ist. — **Wegener, Reußlin.** Der Vermieter ist zur Renovierung verpflichtet. — **Invalidenversicherung.** 1. Die bezüglichen Bestimmungen sind verblieben. Sie können also weiter leben. 2. Nach 10 Monaten, von der Rechtskraft des Urteils gerechnet. Aufhebung des Urteils erfolgt in etwa 14 Tagen. Das Urteil, mit Rechtskraft versehen, ist vorzuliegen. — **N. 2. 14.** Ja. — **N. 100.** Sie sind zahlungspflichtig. Der Umlauf muß im Januar erfolgen. — **N. 2. 41.** 1. u. 2. Ja. 3. Vorliegende der Veranlagungs-Kommission. — **N. 100.** 1. u. 2. Nach dem bisher geltenden Gesetz nein. — **N. 2. 68.** 1. Nein. 2. 50 M. pro Kalenderjahr. 3. Sie können die Sachen nach vorheriger Androhung durch einen Gerichtsvollzieher veräußern lassen. Vom Veräußerungstermin, der nicht früher als einen Monat nach erfolgter Androhung stattfinden darf, muß Schuldnern Kenntnis erteilt werden. — **N. 2. 12.** Nein. Beantragen Sie bei dem Amtsgericht die Bestellung eines Pflegers für das Kind. Der Pfleger kann dann die Alimentationsklage erheben. — **N. 2. 43.** Ja. — **N. 2. 16.** U. E. nein, falls nicht der Mietvertrag etwas anderes bestimmt. — **N. 2. 13.** Ja, für die Dauer von 14 Tagen. Der Arbeitgeberin müssen Sie davon Mitteilung. — **N. 2. 3000.** Es fehlt noch die Angabe, wie hoch die Wohngebühren wie hoch die Lokalanteile sind. — **N. 2. 1886.** Am zweckmäßigsten vorher zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll. — **Schittschubäuser auf dem Müggelsee.** Wir raten, gerichtliche Entscheidung zu beantragen. — **N. 2. 111.** Wenn die Eltern nicht mehr leben, sind die Geschwister zur Hälfte erbberechtigt. — **Steglich 49.** In der Regel nein. — **N. 21.** Der Vermieter. — **Schach 100.** 1. Nein. 2. Ja. — **2123 Nr. 1.** Die Verhältnisse von Privatpersonen im Briefkasten zu besprechen, lehnen wir ab. 2. Sprechen Sie am zweckmäßigsten schon jetzt mit dem Rektor. — **N. 2. Koldberger Straße.** 1. Das Auflösungsrecht des Bundesrats ist durch Gesetz nicht beschränkt. 2. Preußen. — **Hoffnung 42.** Nein. Sie könnten wegen öffentlicher Beleidigung verklagt werden. — **N. 2. 110.** Die Kreissteuer beträgt 250 M. für das Kalenderjahr. — **N. 2. 84.** Ihre Anfragen sind im Briefkasten der Sonntagsnummer beantwortet. — **N. 2. 33.** Nach § 8 des Gesetzes über den Versicherungsvertrag ist eine solche Vereinbarung, wie Sie sie angeben, nichtig, soweit sich die Verlängerung auf mehr als ein Jahr erstreckt. Nach Artikel 3 des Einfuhrgesetzes können Sie aber vor dem Jahre 1916 keinen Gebrauch machen, da die Verlängerung schon begonnen hatte, als das Gesetz in Kraft getreten ist (1. Januar 1910). — **N. 10.** Minister des Innern, falls Sie Umstände sind, Ihre Behauptung zu beweisen. Vorfall ist angebracht; es kann eventuell eine Anklage wegen Beamteneinwirkung erfolgen. — **N. 100.** 1. April. Benachrichtigen Sie den Hauswirt nochmals. — **N. 2. 125.** Nein. Die Klage ist bei dem Amtsgericht, in dessen Bezirk Ihr Schwager jetzt wohnt, anzuhängen zu machen. — **N. 2. 12.** Die Fragen lassen sich nur nach Einsichtnahme in den Mietvertrag beantworten. — **N. 2. 32.** Für die länger als 4 Jahre zurückliegende Zeit kann der Verjährungseinwand erhoben werden. — **N. 2.** Den Vertrag müssen Sie einsehen.

# Manoli

Cigarettes  
Specialmarken

Abbas Dandy  
Gibson Girl

Bestimmtes Wohlgeschmack  
flavors natürliches Öl.

Ihre Zufriedenheit!

# „Milker“

Unsere diesjährige Fastnachtsreklame

# 3 Tage!

„Sie schmeckt wie frische Molkerel-Butter“

so lautet das allgemeine Urteil der Hausfrauen über unsere „Milka exquisit“. Da es aber viele gibt, die sie noch gar nicht gekostet haben, so veranstalten wir eine grosse Reklame, um alle Hausfrauen zu veranlassen, einen Versuch zu machen.

Bei dieser Reklame bieten wir besondere Vorteile gegenüber den regulären Verkaufspreisen und verabfolgen:

Donnerstag, 8., Freitag 9., Sonnabend, 10. Februar

1 Pfd. MILKA exquisit Butter-

Ersatz, feinste Tafel-Margarine, und

1/2 Pfd. SELLA - Block - Schokolade

oder nach Wahl

1/2 Pfd. KAKAO im Paket

zusammen für

# 90

Pfennig

Durch die täglich frische Herstellung mit Zusatz von süßer Sahne aus nur besten Zutaten ist der Unterschied zwischen ihr und feiner Naturbutter nicht mehr zu erkennen. Die Herstellung geschieht in unserer Fabrik in Pratau in der Goldenen Aue, wo es viele und gute Milch gibt, und wo von ausgezeichneten Rasse-Kühen eine hygienisch einwandfreie gesunde Milch erzeugt wird. Unseren verehrlichen Abnehmern ist durch diese Einrichtung gewährleistet, dass ihnen durchaus bekömmliche Erzeugnisse von hohem Nährwert geboten werden. Wir machen besonders auf die ausserordentlich leichte Verdaulichkeit unserer Milka aufmerksam.

Die sämtl. Verkaufsstellen sind durch nebenstehende Schilder und Plakate gekennzeichnet

Das geehrte Publikum wird höflichst gebeten an den erwähnten Tagen die Schokolade od. Kakao zu verlangen, da diese Beigaben nicht nur den alten, sondern an alle, also speziell auch an neue Kunden in den sämtlichen Verkaufsstellen verabfolgt werden sollen.

Nächste Auszeichnung der Branche



Int. Hygiene-Ausstellung Dresden 1911

GOLDENE MEDAILLE



Unserem Genossen  
**Franz Richter**  
die besten Glückwünsche  
zur  
**silbernen Hochzeit.**  
Die Genossen des Bezirks  
Erkner-Waltersdorf.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein  
Charlottenburg.**  
(Gruppe III.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse  
**Wilhelm Schmidt**  
verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 9. Februar, um 3 Uhr  
in der Leichenhalle der Luisen-  
Gemeinde, Köpenicker Weg, aus-  
geführt.  
250/6  
**Der Vorstand.**

**Sozialdemokratisch. Wahlverein  
Nieder-Barnim.**  
Bezirk Waidmannslust u. Umg.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, die Genossin  
**Käthe Albrecht**  
Hohen-Neuendorf  
am Montag, den 5. d. Mts., durch  
den Tod von ihren Leiden erlöst  
worden ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet in Berlin  
statt.  
**Die Bezirksleitung.**

**Verband deutsch. Gastwirts-  
gehilfen.**  
Abt. Cassegehilfe, Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Kollege  
**Hieronimus Szwed**  
am 5. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 8. Februar, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Kirchhofe  
der Pankow-Gemeinde, Hohen-  
Schönhausen, statt.  
31/2  
Fahrverbindung: Strassenbahn  
Kurze Straße.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unsere Kollegin, die Voten-  
frau  
**Selma Paech**  
am 3. d. M. im Alter von  
24 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 8. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Gethsemane-Friedhofes,  
Kordens, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
61/17  
**Die Bezirksverwaltung.**

**Allgem. Kranken- u. Sterbekasse  
d. Drechsler u. Berufsgenossen.**  
Verwaltungsstelle Berlin D.  
**Nachruf.**  
Am 31. Januar verstarb unser  
Mitglied  
**Karl Bendim**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung hat am Sonn-  
abend, den 3. Februar, statt-  
gefunden.  
296/12  
**Die Ortsverwaltung.**

Sage hiermit allen Freunden und  
Bekanntem, sowie dem Metallarbeiter-  
verband, insbesondere den Kollegen  
der Firma Hugo Hartung für die  
zahlreiche Beteiligung bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes  
meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Marie Germerdorf**  
nebst Kindern.  
1884/2  
**Dankagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die Kranzspenden  
bei der Beerdigung meines lieben  
Mannes  
**Heinrich Pries**  
1884/2  
Sage ich allen Freunden und Be-  
kanntem, sowie den Kollegen der  
Firma Typograph, dem Metallarbeiter-  
verband, dem 4. Berl. Reichstagswahl-  
treffe und dessen Bez. 376 (Teil I), auch  
den Genossen Meile für seine trö-  
stlichen Worte meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Franziska Pries und Tochter.**

Den „Vorwärts“-Lesern  
gewähre Rabatt.  


**Inventur-Extrapreise!**  
Nur einmal jährlich im  
**Gardinen-**  
Spezialhaus  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158

**Abgepaßte Fenster,  
weiß und crème**  
p. Fenster 2<sup>35</sup>, 3, 4-20 M.  
Imit. Point-lace-Künstler-  
Gardinen, p. Fenster M. 6<sup>35</sup>  
Elegante Sezessions-Tüll-  
Stores . . . . . M. 1<sup>85</sup>  
Gestickte echte Spachtel-  
Stores . . . . . M. 7<sup>25</sup>  
Goldfarbige reichgestickte  
Band-Stores . . . . . M. 3<sup>65</sup>  
Tüllbettdecken, Größe  
160/215 cm . . . . . M. 1<sup>65</sup>  
Reichgest. Erbstüll-Bett-  
decken . . . . . M. 3<sup>85</sup>  
Elegante Tüll-Bettdeck-  
wände . . . . . M. 6<sup>50</sup>  
Briss-Biss (Scheibenschleier)  
25, 35, 40, 50 Pfennig.  
Nach auswärts p. Nachnahme.  
**Inventur - Extralist**  
beispiellos billiger  
Sonder-  
angebote gratis und franko.

**Vorsicht!**  
Die glänzende Einführung von  
**Palmin** (Pflanzenfett) und  
**Palmona** (Pflanzenbutter-  
Margarine) hat zahllose Nach-  
ahmungen hervorgerufen. Achten  
Sie deshalb in Ihrem eigenen  
Interesse beim Einkauf darauf,  
daß Sie tatsächlich Palmin und  
Palmona bekommen und daß man  
Ihnen nicht Fabrikate aufdrängt,  
die Sie nicht kennen. Weisen Sie  
alle Nachahmungen unbedingt zu-  
rück. Dann gehen Sie ganz sicher!

 **H. Schlinck & Cie.**  
Aktiengesellschaft

An diesem  
Schild  
sind die Läden  
erkennbar,  
 in denen  
SINGER  
Nähmaschinen  
verkauft werden.  
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,  
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
BERLIN, Leipziger Straße 92.  
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

**Zum Ausschneiden!**  
**Dr. Rud. Weill's Nährsalz-  
Bananen-Kakao**  
ist wohlschmeckend, leicht verdaulich und leicht löslich. Beste Nahrung  
bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung  
und Nervosität. Angenehmes Frühstücksmittel für Kranke und Gesunde.  
Vorteil = 1/2, Inhalt 1 K. 5 Pakete 4.75 M., 10 Pakete 9 M. Zu haben  
in einschlägigen Geschäften oder direkt von  
**D. Mader, Berlin 5, Prinzenstraße 37.**  
Kostlose, erklärende Preisliste — über bewährte, vorzügliche  
Nährmittel, Nahrungsmittel und Getränke für Kranke und Gesunde,  
Kinder und Erwachsene — bitte zu verlangen.  
Man achte darauf, den echten Dr. Rud. Weill's  
Nährsalz-Bananen-Kakao zu erhalten.

**Arbeiter-Bildungsschule.**  
Sonntag, den 11. Februar, abends 7 Uhr,  
im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72:  
**Vortrag des Gen. Pieck über Monarchie oder Republik.**  
Eintritt 20 Pf. Garderobe frei. 6/5\*  
Nach dem Vortrage: Gemütliches Beisammensein und Tanz.  
**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
Zahlstelle Berlin.

**Kartonbranche.**  
Freitag, den 9. Februar 1912, abends 8 1/2 Uhr, im großen  
Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:  
**Große Branchen-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
„Die Antwort der Unternehmer.“  
Diskussion.  
Kollegen und Kolleginnen! Wir erwarten, daß in dieser wichtigen  
Versammlung alle in der Kartonindustrie beschäftigten Werkstatt- und  
Gelehrten- und -arbeiterinnen erscheinen. 23/9  
**Die Ortsverwaltung. Die Tarifkommission.**

**Deutscher Bauarbeiter-Verband.**  
Zweigverein Berlin.  
**Gruppe der Putzerträger.**  
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr,  
im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:  
**General-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl desselben. 3. Verschiedenes.

**Gruppe der Staker.**  
Sonntag, den 11. Februar, vormittags 10 Uhr, im  
„Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Sektion der Gips- und Zementbranche, Gipsbaubranche.  
Rabitzpuher, Träger und Rabitzspanner.  
Freitag, den 9. Februar, abends 8 Uhr, bei Jannasch,  
Inselstraße 10:

**Mitglieder-Versammlung.**  
Nicht alle der betreffenden Gruppe angehörenden Kollegen ist es,  
ihre Versammlungen zu besuchen und wünscht zahlreichen Besuch  
136/18\*  
**Der Zweigvereinsvorstand.**

**Buchhandlung Vorwärts**  
SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).  
In den nächsten Tagen  
erscheint:  
**Fraktionsbild**  
der  
sozialdemokratisch, Reichstags-  
247/3\* Abgeordneten.  
Kunstdruck auf gutem Karton.  
Preis 50 Pf.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden,  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Meritzplatz  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Zahnarzt Freund**  
Neukölln, Boddinstraße 68.  
Zahnziehen, Plomb., Gebisse billigst.  
**Fontane-Promenade 10**  
Caférestaurant mit 3 Sälen u. Küche  
billig zum 1. April zu vermieten. \*

**Parteilokal**  
mit zwei Sälen.  
Witers- und krankheitshalber ver-  
kaufe ich meinen Gasthof sofort. Großer  
Fremdenverkehr und viel Ueberraschten.  
Alles Geschäft, seit über 30 Jahren im  
Besitz, über 400 To. Vier Umlauf, über  
viel Ausspann, über 300.- M. Miete.  
Gas und elektrisches Licht, an zwei  
Freistrafen gelegen, Hypothek frei.  
Bedingungen günstig. 28805  
Offerten an die Hauptexpedition des  
„Vorwärts“.

**Masken-Garderobe**  
**Willi Ernst,**  
Köpenicker Straße 55b, 1.  
Kunst Wpl. 14089.  
Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
Bergelager dieser Annonce er-  
hält 10 Proz. Preisermäßigung.  
**Frack-Verleih-Institut**  
Stadt, Gehrod, Smoking-Kittage, für  
jede Größe passend, in großer Aus-  
wahl vor- **S. Berg Nacht, Borchardt,**  
rätig. **Friedrichstr 115 I, a. Oranienburg-Tor,**  
Tel. Nord 7402.

**MAGGI<sup>s</sup> Bouillon-Würfel**  
sind einzig in Qualität!  
5 Würfel 20 Pf.  
Man achte beim Einkauf auf den Namen  
MAGGI und die Schutzmarke  Kreuzstern  
und lasse sich nichts anderes aufreden.  
„Für den Magen ist nur das Beste gut genug!“

Partei-Angelegenheiten.

Taubstumme!

Den taubstummen Genossen zur Nachricht, daß der nächste Jahlabend am Sonnabend, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Haberland, Linienstr. 73, stattfindet.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Sonnabend, den 10. Februar, feiert der Wahlverein sein Winterfest im Gasthaus Neu-Carlohof.

Königsplatz. Heute, Donnerstag, 8. Februar, 8 Uhr abends: Extra-Jahlabend bei Marx.

Berliner Nachrichten.

Ueber Schwierigkeiten der neuen städtischen Friedhofsanlage in Buch

Die Stadt Berlin besitzt zurzeit drei Gemeindefriedhöfe (außer verschiedenen Anstaltsfriedhöfen der Irrenanstalten usw.) und zwar den Friedhof in der Gerichtstraße, den Friedhof in der Seestraße und den Friedhof in Friedrichsfelde.

Auf dem zweiten innerhalb Berlins belegenen Gemeindefriedhof in der Seestraße läßt die Stadt nur noch Beerdigungen gegen Bezahlung der tarifmäßigen Gebühren zu.

Auf dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde können, wie von der Verwaltung schon vor längerer Zeit festgestellt worden ist, bei normaler Sterblichkeit Armenleichen nur noch bis April oder Mai untergebracht werden.

Die Ortspolizeiverwaltung bedarf zur Erteilung der Konzession der Genehmigung des Regierungspräsidenten. Diese Genehmigung blieb in dessen bisheriger Ausübung.

Und worin liegt der Grund, daß die geplante Friedhofsanlage in Buch-Karow noch nicht genehmigt ist? Ein Bescheid des Oberpräsidenten, der jetzt bei der Stadt Berlin eingegangen ist, gibt die Antwort.

Zunächst sei hierzu bemerkt, daß die Unterlagen der Berechnung durchaus mangelhaft sind.

Das Konfistorium wünscht anscheinend durch Vermittlung der Regierung die Stadt Berlin dahin zu bringen, daß sie auf ihren Friedhöfen nur Armenleichen beerdigt und dem Publikum keine Beerdigungsmöglichkeiten zum Erwerb gegen Entgelt zur Verfügung stellt.

Das Konfistorium geht bei seinen Ausführungen von dem Standpunkt aus, daß die Stadtgemeinde die Benutzung der Gemeindefriedhöfe auf die Beerdigung von Armenleichen allein beschränken könnte.

Im übrigen ist es nicht zu verstehen, daß die Beanstandungen, die das Konfistorium gegen die Anlage eines Gemeindefriedhofes in Buch-Karow hat, erst 14 Monate nach der beantragten behördlichen Genehmigung vorgebracht werden, obwohl die Entscheidung in der Angelegenheit der größten Beschleunigung bedarf.

Zu diesen offiziellen Mitteilungen möchten wir folgendes bemerken: Zunächst muß es Bestremden, daß erst nach 1 1/2 Jahren, nachdem der Antrag auf Genehmigung der Friedhofsanlage eingereicht worden ist, eine Antwort erteilt wird.

Das Konfistorium glaubt bei Anlegung des städtischen Friedhofes besonders auf Berücksichtigung der kirchlichen Interessen Sorge tragen zu sollen. Als Wahrung kirchlicher Interessen wird angesehen, daß die Stadt Berlin gemäß ihrer gesetzlichen Verpflichtung alle verstorbenen Mitbürger der Stadt auf ihren Friedhöfen aufnimmt.

Das Verlangen der kirchlichen Behörden, nur Armenleichen und Dissidenten auf den städtischen Friedhöfen aufzunehmen, aber Verstorbene, die einer Konfession angehörten, zurückzuweisen, ist um so ungeheurer, nicht allein deshalb, weil dasselbe rechtlich keine Stütze findet.

Was aber das ungeredfertige Verlangen des Konfistoriums zur Folge haben muß, und sicher auch haben wird, ist, daß die Zahl der Personen, die der Kirche den Rücken gelehrt haben, sich durch diese Kirchhofspolitik gewaltig steigern wird.

Es ist gut so, daß an dem vorliegenden Falle diese Tatsache in offenkundiger Erscheinung tritt.

Aus der Gedankensfabrik der Reaktion veröffentlicht in seiner neuesten Nummer der „Sächsisch-Allgemeine Wegweiser“, dessen Natur wir wiederholt gekennzeichnet haben, den folgenden „Besonderen Rat“ eines Generalleutnants z. D. Leo in Kassel:

„Vorse nicht auf dein Recht, sondern erhalte deine Pflicht! Der Mensch tritt ohne sein Zutun in die Welt und bringt keine Rechte als Erbgut mit; er muß sie erst erwerben durch Betätigung zum Besten der Umwelt, in der er lebt, d. h. durch Pflichterfüllung.

Sich mit dem Herrn Generalleutnant in einen näheren Disput über Rechte und Pflichten einzulassen, wäre wohl eitles Beginnen. Wir möchten nur bemerken, daß in seinem Sprachgebrauch ein Wort zu fehlen scheint: das Wort „Menscherecht“.

Unter Verdacht verhaftet.

Die Lichtenberger Kriminalpolizei hat gestern morgen den Kassierer Karl Schabel in Berlin, Rigaer Str. 87 wohnhaft, wegen dringenden Verdachts des Mordes verhaftet.

Zu dieser Meldung wird uns von glaubwürdiger Seite mitgeteilt, daß sich der Verhaftete eines guten Rufes erfreut und ihn

niemand einer derartigen Tat für fähig hält. Es wird vielmehr angenommen, der Lichtenberger Kriminalpolizei sei ein Irrtum unterlaufen, was ja in Berlin auch schon dagewesen ist.

Stillsitz und unerwartet verstarb am Mittwoch, den 31. Januar, nach eintägigem Krankenlager ein alter Parteiveteran und Mitbegründer des ehemaligen Fachvereins der Steinträger Berlins Emil Kieheber, Paltadenstr. 52.

Einem Diebstahlschwindel im Juckerhandel, mit dem sie sich schon seit einem halben Jahre beschäftigt, hat gestern die Kriminalpolizei durch die Verhaftung des 38 Jahre alten Kaufmanns Edwin Ohland, des Leiters der „Berliner Jucker-Handels-Union-Kommandit-Gesellschaft“, ein Ende gemacht.

Etwa zugrunde gegangen. Eine gräßliche Entbindung machte man Dienstagabend in dem Hause Paruther Str. 8. Dort bewohnte seit zwei Jahren die 33 Jahre alte Stickerin Agnes Habel für sich allein zwei Stuben und Küche.

Interessante Dynamit- und Schießwollepreparationsarbeiten werden zurzeit von einem Kommando von Pionieren der Eisenbahndivision in Schöneberg ausgeführt.

Eine sechsöpfige Einbrecherbande ist am gestrigen Mittwoch von der Schöneberger Kriminalpolizei verhaftet worden. Seit Monaten wurden in Berlin und in den westlichen Vororten verwegene Einbrüche in laienmännlichen Geschäften ausgeführt.

Eine Bande von Taschendieben tritt gegenwärtig in Groß-Berlin auf. Die Spezialisten suchen sämtliche Wochenmärkte in Berlin sowie in den Vororten heim.

rechnen damit, daß die Besucherinnen dieser Märkte wohlgefällige Geldböden bei sich führen. In ungemessen dreifacher Weise geben die Durlachen zu Werke. Während einer von ihnen den Aufpasser und „Abhänger“ spielt, führt der Komplize den Diebstahl aus. Mit einem geschickten schönen Griff langt er die Portemonnaies aus den Taschen der Frauen heraus. Wird einmal einer der Diebe erwischt, so tritt der Komplize sofort in Aktion. Er sucht den Dieb zu decken und Verwirrung herbeizuführen, so daß dem Erwischten die Möglichkeit zur Flucht gegeben wird. Allerdings wird den Dieben ihr Handwerk auf den Rückenmärkten dadurch erleichtert, daß die Hausfrauen ihre Geldböden leichtfertigerweise oben auf ihre Handtaschen oder auf die eingelaufenen Waren zu legen pflegen.

Im Herrfeld-Theater in der Kommandantenstraße herrscht zurzeit Jubiläumstimmung. Seit zwanzig Jahren führen die Gebrüder Herrfeld das Kommando. Und fast so lange sind sie auch als bewährte Hausdichter tätig. Ihre Spezialität: die jüdische Woffe, nach dem Muster der in Pest und Wien heimischen „Mabrias-Partie“ hat ihnen niemand freitrag machen können. Liegt diese Spezialität auch jenseits der Grenze aller eigentlichen Literatur, so kann doch nicht gesagt werden, daß sie deshalb keiner Beachtung wert gewesen wäre. Für Berlin war sie neu — und fremd — artig zugleich. Wollte sie hier heimisch werden, so mußte sie in ihrem Aussehen wenigstens Veränderungen erfahren. Und diese Anpassung an gänzlich andere gelegerte Verhältnisse vollzogen zu haben, ist das besondere Verdienst der Brüder Herrfeld. Das sind zwei Spahmacher von eigener Art, obwohl ihrem Humor ein konventioneller Stillsinn anhaftet; denn das Judentum, das sie in ihren Schwänken betreiben und dem sie durch ihre persönliche Darstellung einen so unmaßmäßigen Charakter ausprägen, existiert — bei uns wenigstens — längst nicht mehr. Dadurch nun, daß sie, als Poffendichter, sich zu allererst die beiden Hauptfiguren „auf den eigenen Leib“ schreiben, ist natürlich auch die eigentliche „Handlung“ veräußert worden. Man kann nicht mehr fragen: Was geht in dem Stück vor? Man kommt nur, um zu sehen, wie Donat und Anton Herrfeld sich wieder in „neuen“ Rollen — die recht versehen, bloß immer den alten Bestand variieren — zeigen werden. Auch ihr neuester Jubiläumstweilakter: „Wie man Männer bessert“, ist nichts anderes. Von einem Inhalt läßt sich schwerlich reden. Der Kernpunkt besteht darin, die verschiedensten Typen über die Bühne zu führen, Schwiegerbater, Ehemann und Schwager, daneben die ganze „Mischpoke“, wie sie kreucht und fleucht, um die Gunst einer „Löwenbändigerin“ am Kurfürstendam — verheißt sich, hinter dem Rücken ihrer neueren Ehehälfte! — als verliebte Schwägerin werden zu sehen. Natürlich kommt das reinste Handwurfsstück zum Vorschein, dem es teilweise nicht an Langweiligkeit, doch aber auch nicht an drohlichen, sich fortwährend überbietenden Situationen gebricht. Jedenfalls sieht fest, daß die beiden Dichter-Direktoren mit ihrem „Wandfaden“ noch ziemlich lange reichen und die Zuschauer wenig unterhalten werden. In einem vorausgeschickten Schwänkeinfakter: „Der Haussteufel“ von H. Wohlmann wird die Abfälligkeit der beiden für den Durchfall entscheidend. Gelacht wurde indes auch hier recht reichlich — dann dem ausgezeichneten Spiel aller Mitwirkenden. Es war also, wenn nicht ein Saisonschlager, so doch ein fideles Premierenabend, der viel Fortsetzungen haben dürfte.

Arbeiterbildungsschule, Grenadierstr. 37. Die Teilnehmer des Unterrichtes in Geschichte werden darauf aufmerksam gemacht, daß am nächsten Sonntag der Unterricht schon um 1/2 Uhr beginnt.

Die Ortsgruppe Berlin vom Arbeiterrabfahrtsbund „Solidarität“ hielt am 31. Januar bei Vorgrann, Andreasstr. 21, ihre ordentliche Generalversammlung ab. Bevor in die eigentliche Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende der am demselben Tage zur letzten Ruhe bestatteten Mitglieder und erinnerte besonders an die allzeit opferfreudige Mitarbeit des verstorbenen Genossen A. Petruschke. Die Partei und der Bund verlieren in ihm einen tüchtigen Agitator, der stets bereit war, seine ganze Person in den Dienst der großen Sache zu stellen.

Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß vier Generalversammlungen und vier öffentliche Versammlungen stattgefunden haben.

In Unterjahren wurden gezahlt: Unfallunterstützung an 20 Mitglieder 455 M., Kassenunterstützung 80 M., Sterbefälle waren im vergangenen Jahre keine zu verzeichnen. Grenzfürten für vollfreie Ueberreitung der Grenzen wurden 10 ausgestellt (Italien, Schweiz und Oesterreich). Die Agitationskommission berichtet, daß 4 Agitationstouren gefahren und 10.000 Flugblätter verbreitet wurden. Aus dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Bilanz in Einnahme und Ausgabe die Summe von 2165,70 M. aufweist. Das im Jahreshaus angelegte Vorvermögen beträgt zurzeit 3400,52 M. Die rege Beteiligung der Mitglieder bei den Reichstagswahlen wurde von den Parteigenossen allseitig anerkannt.

Alle für den Verein bestimmten Sendungen sind nach wie vor an den Vorsitzenden Ad. Karas, S. 59, Schönleinstr. 11, vorn I, zu richten. Derselbe erweist bereitwilligst Auskunft über alle Vereins- und Bundesangelegenheiten.

Die Arbeiter-Samaritanenkolonne Groß-Berlin hielt am 23. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, daß das vergangene Jahr für die Mitglieder der Kolonne ein sehr arbeitsreiches gewesen ist, lagen doch im ganzen 222 Dienstaufträge vor, bei denen 388 Samaritaner tätig waren. Nicht miteingebiffen in diese Zahlen sind die Verordnungen der Genossen Singer und Vorgrann sowie die große Versammlung in Kreuzberg am 8. September, an welchen Tagen die Kolonnenmitglieder vollständig erschienen waren. Rechnet man hierzu noch die zahlreichen Volksversammlungen aus Anlaß der Wahlen, so ist es leicht erklärlich, daß sowohl die Zahl der in der ersten Hilfeleistung Behandelten erheblich gestiegen ist, ebenso wie der Materialverbrauch. Für Verbandstoffe und Medikamente wurden ausgegeben 438 M., für die Ausstellung der Samaritaner 463 M. Die Zahl der von den Samaritanern behandelten Hilfeleistungen ist nach der genau geführten Statistik 1081 Verletzungen, 1167 Erkrankungen, ärztliche Hilfe wurde in 69 Fällen nötig, während ins Krankenhaus 15 Transporte ausgeführt wurden. In dem im September 1911 begonnenen neuen Lehrkursus meldeten sich 422 Teilnehmer, unter ihnen eine große Anzahl Frauen. Die ärztliche Prüfung für Teilnehmer des Kurses 1910/11 bestanden 97 Genossen. Alle Gelüste um Stellung von Samaritanern zu irgendwelchen Veranstaltungen sind zu richten an den Vorsitzenden B. Krause, Neulöns, Osterstr. 48, vorn IV.

## Vorort-Nachrichten.

### Neulöns (Pitzdorf).

Mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen beschäftigt sich der sozialdemokratische Wahlverein am Dienstag in einer zahlreich besuchten Generalversammlung. Der Referent, Stadtverordneter Alfred Scholz, wies zunächst auf das Urteil des Oberlandesgerichts vom 23. Januar hin, durch das die Mandate der im November 1910 gewählten 28 Stadtverordneten für ungültig erklärt wurden, weil die damaligen Wählerlisten ungültig waren. Mit dieser Entscheidung sei das letzte Urrecht, das die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit durch ihren Wahlrechtsraub der Wählerschaft im Jahre 1908 angetan hat, beseitigt. Wenn den Wählern nun wieder das Wahlrecht gegeben sei, das ihnen laut Gesetz zustehet, so sei das der Tätigkeit der Sozialdemokratie zu verdanken, die als einzige Partei den Wahlrechtsraub energisch bekämpfte und dem Gesetz Geltung verschaffte. Den Vorteil davon habe auch ein großer Teil der Beamten; daß sie sich der Sozialdemokratie dafür dankbar erweisen werden, sei bei der Abhängigkeit, in der sie gehalten werden, nicht zu erwarten, vielmehr sei damit zu rechnen, daß sie im bevorstehenden Wahlkampf gegen uns aufmarschieren. Für uns gelte es nun, die Agitation zu den Stadtverordnetenwahlen einzuleiten. Die bürgerlichen Parteien hätten mit ihrer

Wahlagitation bereits begonnen, und schon während der Reichstagswahlbewegung sei der aus je zwei Vertretern der alten und der neuen Fraktion gebildete kommunale Wahlausschuß ziemlich tätig. Die alte Fraktion sei die der Grundbesitzer, und sie ist gewiß die rückfällige und reaktionärste Stadtverordnetenfraktion, die man jemals kennen gelernt hat. Das einzige, was sie zum Wohle der Allgemeinheit und offenbar aus Wahrheitsliebe getan hat, sei der Beschluß, Heilserum an Unbemittelte abzugeben. Die neue Fraktion nenne sich jetzt „kommunalfortschrittlich“, und eine neue „fortschrittliche Arbeitergemeinschaft“ soll alle fortschrittlichen Elemente von den Liberalen umfassen. Was von diesem neuen Fortschritt zu halten sei, zeige schon das Programm der Arbeitergemeinschaft, das u. a. besagt: „Es gilt der alles niederringenden Sozialdemokratie ein Paroli zu bieten.“ Außerdem haben wir noch im Wahlkampf die Demokraten, mit denen die Sozialdemokratie im Jahre 1910 gemeinsame Kandidaten aufstellte. Damals habe es sich um einen Ausnahmefall gehandelt, diesmal werde die Sozialdemokratie in der Hauptwahl auch gegen sie den Kampf zu führen haben. — Nachdem der Redner noch weiter auf die Einwendungen und Verdächtigungen der Gegner eingegangen war, forderte er die Genossen und Genossinnen zu eifrigster Beteiligung an der Wahlagitation auf, damit die Wahlen, die am 14. April für die dritte, am 18. für die zweite, am 19. für die erste Klasse anberaumt sind, der Sozialdemokratie einen schönen Erfolg bringen. In der Diskussionsphase die Genossen P. Reuch und Engelmeier im Sinne des Referenten. Sodann machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Sache mit dem Heilserum nicht die einzige „Erregungssache“ der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit sei, sondern daß sie auch der Stadt einen neuen Namen verschafft habe. Demgemäß müßten nun wohl auch die Genossen den Namen ihres Wahlvereins der neuen Stadtbenennung anpassen und ihn von jetzt ab als Neulöns Wahlverein bezeichnen. — Die Sache erregte allgemeine Heiterkeit in der Versammlung, aber die Namensänderung wurde selbstverständlich gutgeheißen. — Die ersten öffentlichen Versammlungen zur Einleitung der Wahlbewegung finden am 20. Februar statt. Ferner wurde noch bekanntgegeben, daß die nächste Generalversammlung, in der der Geschäfts- und Kassenbericht vorgelegt wird, Anfang März stattfinden soll.

In seinem Beruf schwer verunglückt ist gestern morgen der 37 Jahre alte Heizer Valentin Rancejewski, der bei der Holzmöbel-fabrik von W. König in der Kaiser-Friedrichstraße 218 beschäftigt ist. Rancejewski schleppte gestern früh im Heizraume Holz und Kohlen in die Feuerung. Plötzlich schlug eine große Stachlamme heraus und verbrannte ihn schwer am Gesicht und an der Brust. Man brachte ihn mit einem Kraftwagen nach der Unfallstation in der Steinmetzstraße und von hier, nachdem ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil geworden war, nach dem Krankenhaus, wo er schwer darniederliegt.

### Schöneberg.

Die Wahl der neuen acht Stadträte ist am gestrigen Mittwoch von der Regierung in Potsdam bestätigt worden. Die neuen Stadträte werden bereits am Montag, den 12. Februar in ihr Amt eingeführt werden. Damit ist der Konflikt im Schöneberger Magistrat, der mit der Amtsniederlegung der sieben Stadträte vor fünf Wochen ausbrach, zum Abschluß gelangt.

### Lichtenberg.

Gewerkegerichtswahl! Sonntag, den 11. Februar, vormittags von 10 bis 2 Uhr, finden die Wahlen für die Arbeitnehmerbesitzer zum hiesigen Gewerkegericht statt. Wahlberechtigt ist jeder 25 Jahre alte Arbeiter, der entweder an Ort arbeitet oder wohnt. Als Legitimation dient eine Versicherung des Arbeitgebers oder des Einwohner-Meldeamts, Steuerzettel oder Mietkontrakt. Zur schnelleren Abfertigung bei der Wahl empfiehlt es sich, daß die Arbeiter eines Betriebes möglichst geschlossen zur Wahl kommen und alsdann als Legitimation eine vom Arbeitgeber ausgestellte Liste für sämtliche Wahlberechtigte vorlegen. Ferner sei noch darauf hingewiesen, daß diejenigen, welche am Ort wohnen und arbeiten, in dem Bezirk wählen, wo ihre Arbeitsstelle gelegen ist. Alles Nähere ist noch aus dem in jedem Arbeiterverzeichnisse aus-hängenden Plakate ersichtlich.

Berliner Gewerkschaftskommission,  
Abteilung Lichtenberg-Stralau-Kummelsburg.

### Weißensee.

Eine Gemeindevätersversammlung nahm am Dienstag zu den im März stattfindenden Wahlen Stellung. An Stelle des ver-hinderten Genossen Groger referierte Genosse Denzer-Verein über „kommunale Politik“. An der Hand von Beispielen zeigte der Redner, wie das Verhalten des Rathausfreiwirts, da-wo er die Mehrheit hat, stets im Widerspruch mit den hochtenden Neben im Reichs- und Landtag steht. Diese Unzuverlässigkeit habe sich nicht nur in der Frage des Wahlrechts zu den Gemeindevereitungen, sondern auf allen Gebieten der kommunalen Sozialpolitik, des Schul-wesens, der Armen- und Waisenpflege usw. gezeigt. Demgegenüber sei es Pflicht der organisierten Arbeiterkraft durch die Wahl von Sozial-demokraten für Besserung der Verhältnisse zu sorgen. Nachdem die Genossen Taubmann und Fuhrmann die Tätigkeit des Grund-besitzvereins in das rechte Licht gerückt hatten, erfolgte die Auf-stellung der Kandidaten. Für die dritte Abteilung wurden die Genossen Taubmann, Fuhrmann und Schlemminger (letzterer an Stelle des gestrichlichen verhinderten Peulert) und für die zweite Wählerklasse die Genossen Content, Frahm, Brauert und Kohleinstimmig als Kandidaten nominiert.

### Röppendorf.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde der Etat für 1912 beraten. Derselbe bezieht sich in Einnahme und Aus-gabe auf 1.026.337,83 M. Stadtverordneter Dr. Schulze erklärte als Berichtshalter des Etatsauschusses, daß von den vielen An-regungen und Anträgen bei der Vorberatung nur sehr wenige im Aus-schuh zur Annahme gelangt seien, und zwar in Rücksicht auf das Festhalten an dem Gemeindecinkommensteuerschlag von 165 Prozent; er, Redner, empfehle die Annahme des Gesamtetats. Von unseinen Genossen wurden bei Beratung der einzelnen Kapitel noch verschiedene Beschwerden vorgebracht und der Magistrat energisch um deren Abstellung ersucht. Unter anderem wurde auch die un-gleichmäßige Behandlung der von den Arbeitern gegründeten Verei-ne gerügt. Während dem Turnverein „Eiche“ nicht gestattet wurde, beim Reichs- und von der Turnhalle bis zu seinem Festlokal ein Vieh zu hängen, können bürgerliche Vereine noch nachts um 1 Uhr mit voller Musik durch die Straßen der Stadt ziehen, ohne von den Sicherheitsbeamten zur Ruhe verwiesen zu werden. Weiter wurde auch die ungleichmäßige Handhabung der Polizeistunde gerügt und verlangt, daß für alle Gastwirtschaften die Polizeistunde gleichmäßig auf 12 oder 1 Uhr festgesetzt wird.

Bei der Abstimmung wurde der Etat gegen die Stimmen unseiner Genossen angenommen.

Zum Schluß wurde noch nach kurzer Debatte der Antrag unseiner Genossen auf Gewährung einer einmaligen Lohnerhöhung von 20 M. für diejenigen städtischen Arbeiter und Ange-stellten, welche verheiratet sind, mindestens ein Kind haben und unter 1500 M. Einkommen beziehen, mit 14 gegen 13 Stimmen angenommen. Von den Bürgerlichen stimmte nur ein Vertreter für den Antrag.

### Treptow-Baumschuldenweg.

Neuwahlen zur Gemeindevetretung finden für unsere am 31. März ausstehenden Genossen Gerisch und Karow im ersten und zweiten Kommunalwahlbezirk statt. Im ersten Bezirk kann ein Nichtangehänger, im zweiten muß ein Angehänger ge-wählt werden. Der erste Bezirk umfaßt das Gebiet, welches be-grenzt wird vom Flutgraben, der Spree, der Südgrenze der Gier-häuser, dem Damweg und der Riefholstraße. Der zweite Bezirk umfaßt das Gebiet, welches begrenzt wird vom Damweg, der Süd-grenze der Gierhäuser, der Spree, Niederhönnecke und der Riefholstr. Auffällig ist, daß die beiden ersten Bezirke schon vor vier und zwei

Jahren regelmäßige Ergänzungswahlen hatten und jetzt noch durch den konservativen Gärtnereibesitzer Ridel und durch unseren Genossen Hartmann vertreten werden, wohingegen im dritten und vierten Wahlbezirk nur Veräußerungswahlen aber noch keine regelmäßige Ergänzungswahlen vorgenommen wurden. Der Grund ist leicht zu erraten; sind es doch die für uns ungünstigsten Wahlbezirke. Für unsere Genossen wird es ein Ansporn sein, in diesen beiden Bezirken ihr möglichstes zu tun, damit wir im März beide Mandate wieder erobern.

### Tempelhof.

Eine Damenchorabteilung beabsichtigt der Arbeitergefängnisverein „Sangeslust III“ (R. d. A. S. V.) einzurichten. Sanges-freudige Frauen und Mädchen werden daher gebeten, Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Lokal von Wilhelm Paetsch, Germaniastr. 150, zu erscheinen.

### Kummelsburg.

Einer Botenfrau der „Vorwärts“-Expedition Kummelsburg ist am 8. Februar nachmittags der von ihr am Sonntag kassierte Be-trag der Leistungen, der sich in einembeutel befand, auf dem Wege von der Kronprinzenstraße, Weferstraße bis Gürtelstrahenecke verloren gegangen. Da die Frau erspählich ist, wird der ehrliche Finder gebeten, sich Kronprinzenstr. 33, Seitenflügel III, bei Behrendt zu melden.

### Ober-Schöneweide.

Der Bau des Realgymnasiums hat nach der nunmehr erfolgten Abrechnung einen Kostenaufwand von 515.254,83 M. erfordert, wo-von auf die Gebäude 433.862,04 M. und für innere Einrichtung 71.392,79 M. entfallen; gegen den Vorschlag ist eine Winder-ausgabe von 16.115,67 M. zu verzeichnen. Es hat sich bei diesem Bau auf neue gezeigt, daß der Gemeinde durch die Vergebung der Arbeiten in Einzellose wesentliche Vorteile zufallen. — Nachdem die Gemeindevetretung die Neuherstellung der Siemensstraße beschlossen hat, wird geklagt, daß ebenfalls äußerst mangelhafte Freisenstraße in Stampfplathalt neu zu befestigen; als Ersatz der zu beseitigenden Vorgärten ist die Anlage eines Rasenstreifens neben der Vorder-lante vorgezogen.

### Spandau.

Eine von etwa 2500 Personen besuchte Volksversammlung tagte am Montagabend in der Brauerei Bicheldorf. Das Referat hatte der Abgeordnete des Kreises Genosse Dr. Karl Liebknecht übernommen. Redner gab zunächst einen Überblick über die Reichs-tagswahl im Kreis. Trotz der schätigen Kampfweise der Gegner sowie der Behörden einzelner Ortschaften, sei es ge-lungen, mit einer erheblichen Majorität zu siegen. Große Empörung rief unter den Versammelten der Fall Hornig in Gatow a. d. Havel hervor. Was den neuen Reichstag betrifft, so werde es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, für die breite Masse des Volkes das möglichste herauszuschlagen. Besonders feste die Referent das Ersuchen an die Beamten und Arbeiter aus den Staatsbetrieben, ihm die vorhandenen Lebensstände wahrheitsgetreu umgehend mitzutellen, damit er in der Lage sei, für deren Ver-seitigung sorgen zu können. Dann würden auch sie einsehen lernen, daß die wahre Vertretung ihrer Inter-essen nur allein durch die Sozialdemokratie geschehe. Pflicht eines jeden sei es nunmehr auch, sich politisch wie gewerkschaftlich zu organisieren und die Arbeiterpresse, den „Vorwärts“, zu lesen, damit hinter dem Abgeordneten nicht nur die Wähler, sondern eine stark organisierte Masse stünde. Nur dadurch werde es möglich sein, den Kreis zu einer Hochburg für die Sozialdemokratie zu ge-stalten. Nach einem kurzen Appell des Vorsitzenden wurde die Ver-sammlung geschlossen.

### Tegel, Vorfingwalde, Reinickendorf.

Der vom Bildungsausschuß für Sonntag, den 11. Februar, nach Vorfingwalde angeordnete technische Vortrag kann umständehalber nicht stattfinden.

### Eggersdorf.

Der Bauungsplan für die hiesige Gemeinde sollte, wie wir in Nr. 275 des „Vorwärts“ vom 24. November des vorigen Jahres in einem Gemeindevorstand mitteilen, vom Landratsamt genehmigt worden sein. Wie uns jetzt nach 2 1/2 Monaten in einem vom Ge-meindevorstand beglaubigten Schreiben des Grundbesitzvereins Eggersdorf-Hohensieck mitgeteilt wird, bedarf der Bauungsplan noch der Umänderung der vom Landratsamt genehmigten Einsprüche der betreffenden Besitzer. In der gleichen Sitzung hatten unsere Genossen Luchholz und Lehmann an den zweiten Schöffens Räger die Aufforderung gerichtet, sein Amt niederzulegen, weil er einem Gemeindevorstande zuwider gehandelt haben sollte. Das Landrats-amt hat, wie aus demselben Schreiben zu entnehmen ist, sich dahin ausgesprochen, daß es keinen Anlaß hätte, gegen Räger etwas zu unternehmen. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß unsere Genossen nicht eine andere Auffassung über den zweiten Schöffens haben können wie das Landratsamt.

Marktbericht von Berlin am 6. Februar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Kartoffeln (Weißbrot) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, vom Laden 36,00—50,00. Speisebohnen weiße, 40,00—60,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln 11,00—15,00. 1 Kilo-gramm Rindfleisch, von der Keule 1,80—2,40. Rindfleisch, Bruchfleisch 1,20 bis 1,80. Schmalzfleisch 1,20—1,80. Rindfleisch 1,40—2,50. Hammelfleisch 1,20—2,20. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 4,50—8,00. 1 Kilogramm Karsten 1,20—2,40. Kase 1,20—2,80. Jambur 1,60—3,00. Hühner 1,20—2,60. Gänse 1,00—2,00. Schote 1,60—3,20. Fette 0,80—1,40. 60 Stück Krebse 4,00—30,00.

### Witterungsüberblick vom 7. Februar 1912.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in d. Luft	Temp. in d. Luft	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in d. Luft	Temp. in d. Luft
Swinemünde	751	SO	4	Regen	-0		Dabaranda	756	SB	2	Schnee	-10	
Hamburg	747	SO	3	Regel	2		Beiersdorf	769	SO	2	1 Wolken	-10	
Berlin	741	SO	2	Wolke	2		Eich	737	SO	2	7 Bewölk	9	
Frankfurt a. M.	731	SO	3	Regel	4		Aberdeen	738	SB	2	1 Bewölk	4	
München	755	SO	1	halb bb.	-3		Paris	751	SB	2	4 Bewölk	6	
Wien	757	SO	1	Regel	-2								

Wetterprognose für Donnerstag, den 8. Februar 1912.

Niedlich mit bei mäßigen südlichen Winden und veränderlicher Bewölkung, ohne erhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten.

der Landesamt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 6. 2.	am 5. 2.	Wasserstand	am 6. 2.	am 5. 2.
Remel, Müll	129 <sup>0</sup>	-2	Saale, Großh.	85 <sup>0</sup>	-4
Fregal, Jüterburg	-35 <sup>0</sup>	+9	Havel, Spandau <sup>1)</sup>	98 <sup>0</sup>	0
Wesche, Thorn	78 <sup>0</sup>	+6	Rathenow <sup>2)</sup>	98 <sup>0</sup>	-2
Oder, Rathor	132 <sup>0</sup>	-1	Spree, Spremberg <sup>3)</sup>	70	0
Frosen	140 <sup>0</sup>	-1	Bestrom	82 <sup>0</sup>	0
Frankfurt	125 <sup>0</sup>	-5	Weser, Minden	91	-2
Barthe, Schimm	80 <sup>0</sup>	-4	Rhein, Rindem	293 <sup>0</sup>	-6
Rege, Vorham	34 <sup>0</sup>	-6	Rhein, Rindem	293	0
Elbe, Litzmer	48	+2	Rhein, Rindem	140 <sup>0</sup>	+7
Dresden	-12 <sup>0</sup>	-15	Rhein, Rindem	185 <sup>0</sup>	-9
Berlin	145 <sup>0</sup>	-14	Redar, Peilbrom	79	+12
Magdeburg	140 <sup>0</sup>	-12	Rain, Berthelm	—	—
			Weser, Frier	90 <sup>0</sup>	-2

<sup>1)</sup> + bedeutet Hoch, — Fall. <sup>2)</sup> Unterpegel. <sup>3)</sup> Eisstand.



# Theater und Vergnügungen



Donnerstag, 8. Februar 1912.

Anfang 7 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Die Walküre.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Schauspielhaus. Die Frau um nichts.

Deutsches. Hamlet.

Bayerisches. Spezialitäten.

Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.

Jirkus Schumann. Gala-Vorstellung.

Jirkus Sarrasani. Gala-Vorstellung.

Kleines. Und das Licht scheint in der Finsternis.

Anfang 8 Uhr.

Urania. Laubstrasse 48/49.

Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.

Hörspiel 8 Uhr: Prof. Marcuse: Luftschiffahrt.

Neues. Der liebe Augustin.

Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.

Prinzipal. Die Komische Nacht.

Neues Schauspielhaus. Al-Helbelberg.

Neubau. Alles für die Firma.

Kurfürstentheater. Der Schmutz der Madonna.

Komische Oper. Der Dampf.

Deutsches. Russisches Ballett.

Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.

Berliner. Große Hofnen.

Neues Opernhaus. Eva.

Schiller O. Der Weg zur Höhe.

Schiller O. Charlotteburg. Der Probestück.

Friedr. Witz. Schauspielhaus. Feldherrnbühl.

Luise. Kopf und Schwert.

Kofe. Der Spielteufel.

Königgrätzer Straße. Die fünf Bräutigame.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.

Donnerstag 8 Uhr:

Der Großglockner, Gastein und die Salzburger Alpen.

Hörspiel 8 Uhr: Prof. Marcuse: Luftschiffahrt.

Neues. Der liebe Augustin.

Kammerstücke. Eine glückliche Ehe.

Prinzipal. Die Komische Nacht.

Neues Schauspielhaus. Al-Helbelberg.

Neubau. Alles für die Firma.

Kurfürstentheater. Der Schmutz der Madonna.

Komische Oper. Der Dampf.

Deutsches. Russisches Ballett.

Lustspielhaus. Die Damen des Regiments.

Berliner. Große Hofnen.

Neues Opernhaus. Eva.

Schiller O. Der Weg zur Höhe.

Schiller O. Charlotteburg. Der Probestück.

Friedr. Witz. Schauspielhaus. Feldherrnbühl.

Luise. Kopf und Schwert.

Kofe. Der Spielteufel.

Königgrätzer Straße. Die fünf Bräutigame.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

Trianon. Das kleine Café.

Thalia. Polnische Wirtschaft.

Cafino. Der Kampf um das Dasein.

Apollon. Spezialitäten.

Wagner. Die Nacht von Berlin.

Metropol. Die Nacht von Berlin.

## Freie Volksbühne

Donnerstag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung

im Gewerkschaftshaus.

Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Herr Theodor Heuß: „Ludwig Pfau, der Konfessionslose“.

2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes.

3. Bericht der Revisoren.

4. Diskussion und Verschiedenes.

Winterfest

Sonntag, den 25. Februar, abends 7 Uhr, in Kellers Neuer Philharmonie.

Beethoven-Konzert

ausgeführt von der Berliner Sinfonievereinigung

Leitung: Leo Schratzenholz.

Festmarken a 60 Pf. sind in allen Zahlstellen erhältlich.

Für die Nachmittags-Mitglieder sind in den Abendabteilungen an den Montagabenden im Neuen Schauspielhaus Karten a Mk. 1.30 zu haben.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen melden für die Nachmittags- und Abendabteilungen.

## ROSE-THEATER

Scope Kaufhaus Str. 132.

Abend 8 Uhr. Zum 1. Male:

Der Spielteufel.

Vollständig in 4 Akten von Julius Knopf.

Morgen u. folg. Tage: Der Spielteufel.

Sonabend 4 Uhr: Schneewittchen.

Metropol-Theater.

Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet.

Die Nacht von Berlin

Große Jahresrevue in 7 Bildern von Paul Freund. Musik von B. Holländer.

In Szene geleitet vom Dir. R. Schulz.

Apollon Theater

Ab 8 Uhr:

Vollständig neues Programm.

10 Uhr:

Noch nie dagewesener Lacherfolg

Paul Beckers

das „Original“.

Passage-Theater.

Schneider-Duncker

Carl and Lotty

die berühmte Excentr.-Tänzer.

Luise Schäfer

Vortragskünstlerin.

The Hevaldos Truppe

d. best. Schleuderbrett-Akrob.

und d. Febr.-Glanzprogr.

14 erstkl. Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Das Londoner Mirakel

Die Frau in der Kanne!

Befreiung aus d. Wassergrab.

Lebend! Lebend!

Fakir-Truppe

15 Personen

in ihren religiösen

Martyrer-Produktionen

Wochentags 4-7 Uhr:

Lichtspiele

Ohne Extra-Entree.

Herrnfeld Theater

Neuer großer Erfolg!

Wie man Männer bessert.

2 Akte von Kusan u. Donat Herrnfeld

mit den Autoren in den Hauptrollen

und

Der Kausteufler.

Familienroman in 1 Akt v. Wohlmann.

Anfang 8 Uhr.

Stillettoverkauf 11-2 (Theaterkasse).

Admiralspalast

Am Bahnhof Friedrichstraße

Eis-Arena.

Nachmittags:

Militär-Konzert.

Kunstlauf-Produktionen.

Abends die Novitäten:

Tänze a. d. Eise, Rheinländer, Russisch, Engl.

Alt-Wiener Walzer und Die kleine Charlotte.

Der norwegische Meister

Harry Paulsen

sowie d. prächt. Eisballett

Alpenzauber.

Bis 6 Uhr und von 10 1/2

Uhr halbe Kassenpreise.

Restaurant I. Ranges.

## Piccadilly

BESITZER HEINRICH BRAUN

Potsdamer Platz

Gröffnung morgen

„CLOU“

Berliner Konzert-Haus.

Manerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.

Großes Konzert

Zillerthaler und Tegernseer

Sänger, Plattler u. Jodler !!

Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.

Anfang 8 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

An allen Wochentagen nachmittags:

Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

6 Tage-Rennen

im

Sport-Palast

Vorletzter Tag.

Alleiniger Vorverkauf bei A. Wertheim, seinen

Theaterkassen und Filialen.

Luna-Park.

Ausschank von

„Triumphator“

aus dem Münchener Bürger-Bräu.

„Wintersportfest“

Orig.-Oberlandler-Kapelle,

Orig.-Dachauer Bauern-Kapelle,

Orig.-Tiroler Tänzer und Sänger,

Humoristische Szenen, Volkskomiker

Volksbelustigungen, sensat. Attraktionen.

Heute Elitetag.

MIDGETS TOWN

Hauptstadt von Liliput

mit ihren 70 Bewohnern

Friedrichstraße 165, in den Räumen von Castans Panoptikum.

Geöffn. von 2 Uhr nachm. bis 10 Uhr abends.

Entree

1 Mark. Kinder die Hälfte.

Im Liliput-Zirkus große Ringkampf-Konkurrenz.

## Neue Welt.

Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.

Heute Donnerstag, den 8. Februar 1912:

Elite-Tag.

Prämiiierung der größten,

modernen Promenadentasche

von der Schulter herabhängend zu tragen.

3 bare Goldpreise: 50,-, 30,-, 20 Mark

Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.

4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.

Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.

Zirkus Busch

Donnerstag, den 8. Februar 1912,

abends 7 1/2 Uhr:

Großer Gala-Abend!

&lt;

